Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- u. Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat März 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Herausgeber: Richard Schnetter

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1058 48 Fritz Krod, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Dienstag, den 18. März 1924** | **4. Jahrgang • Nr. 15**

Die neue Welle sozialer Massenkämpfe

Halle, 18. März.

Der Ruhrkrieg war zweifellos ein Wendepunkt in der kapitalistischen Offensive gegen das Proletariat. Die Ueberwindung der Krise in der kapitalistischen Weltwirtschaft sollte durch eine, dem Kapitalismus eigene Art gelöst und damit die deutsche Frage und das Reparationsproblem erledigt werden. Damit mußte auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete eine Verschlechterung für die Arbeiterschaft eintreten, die ihre Auswirkung in den Lebens- und Arbeitsbedingungen fand. Vor allem war es das Arbeitszeitproblem, das in den Jahren des wirtschaftlichen Zusammenbruchs von den kapitalistischen Machthabern aus Furcht vor der Bolschewisierung des Kontinents selbst zur Debatte gestellt und als Beruhigungspulver für die rebellierenden Massen der Welt gratis verteilt wurde. Der Abbau des Achtstundentages wurde nun zur Offensivparole des Unternehmertums, denn sie hatten bereits gute Wegbereiter in den Gewerkschaftsführern des ADGB. gefunden, die es ihnen ermöglichten, ihre Offensive gegen die Arbeiterschaft frisch-fröhlich durchzuführen. Bei der Gelegenheit soll von allen Kämpfen gegen den Achtstundentag nur einer, Th. Leipart, zitiert werden, der am 7. Oktober 1923 im „Vorwärts" folgendes schrieb:

Die Gewerkschaften sind für die intensivste Steigerung der Produktion und anerkennen, daß diese eine wichtige Voraussetzung für die Rettung des Volkes (soll heißen: des Kapitalismus) **ist. Die Gewerkschaften erkennen an, daß es zur Gesundung der Wirtschaft und zur Erhöhung des Ertrages der Produktion ebenso notwendig ist, alle unproduktiven Kräfte auszuschalten und an anderer Stelle wieder produktiv zu beschäftigen. Sie sind bereit, unter gerechter Wahrung der Lebensinteressen der betroffenen Arbeitskräfte an der Lösung dieses Problems mitzuhelfen. Sie sind auch bereit, für eine Mehrarbeit zur Erhöhung der Produktionsleistung überall da einzutreten, wo dies geboten und möglich ist, wenn damit der „gesetzliche" Achtstundentag nicht angetastet wird. Die Gewerkschaften waren und sind in diesem Sinne zur positiven Mitarbeit am Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bereit, aber sie sind nicht gewillt, für eine Steigerung der Produktion durch Raubbau der Arbeiterschaft zugunsten der Unternehmer einzutreten.**

Die da glaubten, das durch Hunger, Arbeitslosigkeit, Belagerungszustand gepeitschte Proletariat sturmreif für alle Angriffe und Ausbeutungspläne gemacht zu haben, erleben heute, daß dieses Proletariat noch die Energie aufbringt, Verteidigungskämpfe gegen den Abbau des Achtstundentages zu führen.

„Der Kampf gegen den Achtstundentag ist in Wirklichkeit kein wirtschaftlicher Kampf, sondern ein politischer Kampf gegen die Arbeiterklasse", erkennt der „Vorwärts" in einem Artikel, der am 30. Januar 1924 erschien, an. In diesem Sinne hätten alle bisher geführten Kämpfe um die Rechte der Arbeiterklasse geführt werden müssen, aber gerade die sozialdemokratischen Mamelucken waren es, die bei allen ausbrechenden Kämpfen warnend ihre Stimme erhoben: „Nur nicht politisch einen Kampf führen."

Eine neue Welle sozialer Abwehrkämpfe braust daher. Sie droht die Dämme des „schönen Wirtschaftsfriedens" zwischen Kapital und Arbeit, von dem die sozialdemokratischen Jammerlappen heute noch träumen, wenn sie ihre Arbeitsgemeinschaftspolitik verteidigen, einzureißen und die klare Front aufzurichten. In der chemischen Industrie sowohl als auch im Bergbau, in der Textil- und Metallindustrie und an der Wasserkante auf allen Werften sind Massenkämpfe gegen die Offensive des Kapitals im Gange. Ohne besonderes „Aufhetzen" durch die bösen Kommunisten sind diesmal ganz spontan auf der ganzen Linie Kämpfe entbrannt, von deren Auswirkung wir erst dann ein Urteil haben, wenn wir diese einzelnen Kämpfe zusammengefaßt betrachten. Besonders hart tobt der Kampf in der chemischen Industrie und an der Wasserkante.

„Verhältnismäßig spät, dafür aber mit um so größerer Wucht, ist an der Wasserkante der Kampf um die Arbeitszeit entbrannt. Werft-, Hafen-, Kohlenarbeiter und noch eine ganze Reihe kleinerer Organisationen haben entschlossen und nahezu einmütig den Neunstundentag abgelehnt und aus ihren Urabstimmungen die Konsequenzen gezogen. Rund 120 000 bis 150 000 Mann stehen an den deutschen Küsten im Streik oder sind ausgesperrt, weil sie sich mit der von den Arbeitgebern gewollten und von den Schlichtungsausschüssen entweder direkt gebilligten oder indirekt sanktionierten Arbeitszeitverlängerung nicht einverstanden erklären wollen. Die Wasserkante erlebt damit einen Machtkampf von Ausmaßen, wie sie ihn lange nicht gehabt hat, einen Machtkampf, der weniger um wirtschaftlicher, mehr um politischer Ziele willen ausgetragen wird. Solange in Bremen noch gearbeitet wurde, hatte nur Hamburg hauptsächlich den Schaden. Mit der Ausdehnung des Streikes auf die Weserhäfen wird aber ganz Deutschland getroffen. Denn jetzt wird allgemein der Umschlag sich über holländische und belgische Häfen vollziehen. Und es wird bei längerer Dauer des Streiks schwer sein, die Verluste wieder aufzuholen." („Vossische Zeitung" vom 14. März 1924.)

Ein Manifest der kämpfenden Anilinarbeiter

(Eig. Drahtm.) **Mannheim,** 18. März.

Eine von 5000 Arbeitern im „Nibelungen-Saal" besuchte Versammlung der Ausgesperrten nahm eine Resolution an, deren Hauptinhalt ist: Kampf um den Achtstundentag und die alten Rechte der Arbeiterschaft wird geschlossen mit verstärkter Kraft weiter geführt. Der Kampfleitung des Industrieverbandes der Chemie wird das vollste Vertrauen der Arbeiter ausgesprochen, die Gewerkschaftsvertreter und bisherigen Betriebsvertrauensleute haben nicht das Vertrauen der Arbeiter. Die Arbeiter sprechen der IAH. und den Kollegen, die ihren Kampf unterstützen, ihren Dank aus. Die Regierung wird aufgefordert, Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und die Direktion der Anilin-Werke zu zwingen, den rückständigen Lohn auszuzahlen.

Außerdem wurde folgendes Manifest angenommen:

Wir klagen an!

Ueber 20 000 Arbeiter der chemischen Fabriken in Ludwigshafen und Mannheim sind ausgesperrt, weil sie den Achtstundentag und die alten Rechte halten wollen. Die Anilindirektion hat unter unserer friedlichen Arbeiterschaft ein entsetzliches Blutbad anrichten lassen. Das Blut der Gefallenen und Verwundeten schreit nach Vergeltung.

Wir klagen an die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabrik der Anstiftung zum Mord, die Polizei und ihre Befehlshaber klagen wir an des vollbrachten Mordes. Wir klagen die Oeffentlichkeit und die Presse an, daß sie zu diesen ungeheuerlichen Sünden schweigt und dadurch diesen Mord und die Mörder decken.

Wir klagen an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer, durch ihren Verrat an der Arbeiterschaft Urheber und Mitschuldige geworden zu sein an dem Mord an der Arbeiterschaft. Das Proletariat Deutschlands und aller Länder muß unsere Anklage hören und helfen und aus dem Geschehenen lernen. Wir müssen uns rüsten, ehe es zu spät ist.

Wir müssen zum Angriff übergehen, ehe man uns niederschlägt.

Proletarier, Klassengenossen! Ihr müßt uns helfen, damit wir leben können. Unsere Anklagen gegen die bürgerliche Gesellschaft müßt Ihr aufnehmen, die Massen wachrütteln, die Kräfte der gesamten Arbeiterschaft zusammenpressen und sie zum Kampf und zum Siege führen.

Und in der chemischen Industrie? Mit beispielloser Energie wird in Oppau-Ludwigshafen der Kampf geführt. Auch hier handelt es sich um die Einführung des Zweischichtensystems, also um den zehn- und zwölfstündigen Arbeitstag. Mit einer Flut von Verleumdungen sind die Kreise, die ein Interesse daran haben, die Offensive des Kapitals zu unterstützen, gegen die kämpfenden Arbeiter vorgegangen, in der bewußten Absicht, damit einen Keil in die Reihen der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiter zu treiben. Erfolglos müssen die Stützen des Kapitals, auch die Gewerkschaftsbureaukraten, erleben, daß die Streikbewegung sich immer weiter ausdehnt, so daß auch der Kampf auf Mitteldeutschland übergreifen wird. Besonders in der chemischen Industrie ist interessant, zu beobachten, wie systematisch die Anilingewaltigen vorgehen. Die Badische Anilin- und Sodafabrik, die ihre Verträge mit der französischen Regierung, der sie, aus reiner Profitgier, schon 1919 sämtliche Fabrikations- und Laboratoriumsgeheimnisse verkauft hat, erweiterte, muß natürlich im Interesse des Profites versuchen, eine Arbeitszeitverlängerung und mit ihr eine sogenannte Produktionssteigerung durchzuführen. Sollen die Verpflichtungen erfüllt und daneben noch Profite geschunden werden, dann müssen die Arbeiter wohl oder übel ihre Arbeitskraft opfern.

Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums.

Das haben die Unternehmer nicht nur in Deutschland, sondern auf dem ganzen Kontinent sehr gut begriffen und darum wird ein Raubbau mit der Arbeitskraft getrieben, trotzdem Th. Leipart und die übrigen öligen Verteidiger des „gesetzlichen Achtstundentages" vorgeben, sich dagegen zu wehren.

Wie sieht es in Mitteldeutschland aus? Der Arbeitgeberverband der Chemie, Sektion 5b, war mit der engeren Tarifkommission in Verhandlung getreten zwecks Regelung der von Arbeitgeberseite beantragten Arbeitszeitverlängerung auf zehn Stunden und der Einführung des Zweischichtensystems. Die Unternehmer, die die Auslegung des Schiedsspruches so verstehen, daß bei der Arbeitszeitverlängerung auf neun Stunden mit der Motivierung des „ins Benehmensetzen mit der Betriebsvertretung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse" die Waschpausen außerhalb der Arbeitszeit verlegt werden müssen, stehen auf dem Standpunkt, „je weniger Pausen, desto wirtschaftlicher der Betrieb". Sie wollen auch hier einen Machtkampf herbeiführen. Nicht weniger als 25 Anträge nebst Begründung lagen auf jener Konferenz vor und ebensoviel Anträge auf Uebergang vom Drei- zum Zweischichtensystem. Und das nicht etwa von Kleinbetrieben, sondern Großbetriebe, wie Bitterfeld, Schönebeck, Magdeburg und Wittenberg waren unter den Antragstellern vertreten. Nach eingehender Beratung wurde von der Verhandlungskommission resp. den Organisationen folgende Erklärung an den Arbeitgeberverband gegeben:

1. Bei Einführung der neunstündigen Arbeitszeit soll mit der Betriebsvertretung Rücksprache unter Klarstellung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Notwendigkeiten erfolgen.

2. Ueber die Arbeitspausen sowie Waschpausen soll betriebliche Regelung erfolgen.

3. Ueber die Einführung der Zehnstundenschicht und den Uebergang vom Dreischichten- zum Zweischichtensystem können die bezirklichen Organisationen eine Zustimmung nicht erteilen.

Damit waren die Verhandlungen gescheitert. Der Arbeitgeberverband bedauerte, daß die Organisationen so „ver-

Weitere Verschärfung des Kampfes an der Wasserkante

(Eig. Drahtm.) **Hamburg,** 18. März.

Die Konferenz der freigewerkschaftlichen Vertrauensmänner und Obleute der Hafenarbeiter forderte die Einbeziehung der Kaiarbeiter und Kutscher in den Kampf. Der ADGB.-Ortsausschuß wurde aufgefordert, ultimativ die Zurückziehung der Teno und Schupo aus dem Hafen zu verlangen und im Verweigerungsfalle den Generalstreik zu erklären. Die Kaiarbeiter stehen infolgedessen bereits unmittelbar vor dem Eintritt in den Kampf.

(Eig. Drahtm.) **Lübeck,** 18. März.

In Lübeck hat eine Funktionär- und Betriebsrätekonferenz der Landbetriebe die neunstündige Arbeitszeit abgelehnt.

(Eig. Drahtm.) **Elmshorn, 18. März.**

Hier beschlossen die Funktionäre der Gewerkschaften gegen elf Stimmen, in den Generalstreik zu treten, wenn die Erwerbslosen zur Pflichtarbeit gezwungen werden sollen.

Hagen, 18. März.

Hier werden Streikbrecher für Hamburg angeworben und unter polizeilicher Bedeckung nach Hamburg gebracht.

(WTB.) **Berlin,** 17. März.

Der Postpaketverkehr nach europäischen und außereuropäischen Ländern hat auch über Bremen-Seeweg wegen des Hafenarbeiterstreiks eingestellt werden müssen.

Weiterführung des Streiks in Remscheid

(Eig. Drahtm.) **Remscheid,** 18. März.

Die Schleifer von Remscheid und Umgegend verharren bei ihren Forderungen. Sie wollen sich den Achtstundentag unter keinen Umständen rauben lassen. In einer Versammlung von ungefähr 300 Schleifern wurde das Angebot der Unternehmer für unannehmbar erklärt. In einer geheimen Abstimmung über die Fortführung des Streiks stimmten 262 für Weiterführung und nur 20 dagegen. Der Kampf geht also weiter.

Kommunisten in die Führung!

Köln, 18. März.

Eine Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hielt Abrechnung mit den sozialdemokratischen Verrätern im Kampf um den Achtstundentag. Sie wählten eine neue Ortsverwaltung. Die Liste der Opposition wurde mit übermächtigender Mehrheit gewählt, so daß sämtliche Posten mit Kommunisten besetzt sind.

(Eig. Drahtm.) **Köln,** 18. März.

Im Allsteinschen Schamottwerk erhielten bei den Betriebsrätewahlen die Kommunisten sechs Sitze, außerdem wurde ein Parteiloser gewählt. Im Vorjahr war das Verhältnis: fünf Sozialdemokraten und ein Kommunist.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240318-11/fragment/page=0001

ständnislos" der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage gegenüberstehen und erklärte, daß die zehnstündige Arbeitszeit nach dem Arbeitszeitabkommen, ebenfalls das Zweischichtensystem, nach eigener Machtvollommenheit von ihnen durchgeführt würde.

Damit ist das Kampfsignal für die chemische Industrie Mitteldeutschlands gegeben. Jetzt gilt es, die Kämpfe zusammenzufassen zu einem einheitlichen Machtkampf der Arbeiterklasse in Deutschland. **Wird die Gewerkschaftsbureaukratie des ADGB. dieses Werk vollbringen?** Sie erklärte nur, daß sie den Anträgen der Unternehmer „bezirklich nicht zustimmen" könne.

Die Gewerkschaftsbureaukraten überlassen es also den Unternehmern, **betriebsweise das Dreischichtensystem zur Strecke zu bringen und das Zweischichtensystem einzuführen.** Sie sehen brutalen Vergewaltigungen der Proleten durch die Unternehmer mit verschränkten Armen zu.

So müssen die Proleten durch ihre selbstgeschaffenen Kampforgane (Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Erwerbslosenräte) jene Zusammenfassung aller Kampfenergien vollziehen, auch wenn es noch so sehr gegen den Willen der offiziellen Gewerkschaftsinstanzen ist. Es geht jetzt um Sein oder Nichtsein der Arbeiterschaft. Koste es darum, was es wolle!

Auch die Arbeiterschaft des „Leunawerkes", die noch durch ein raffiniertes Spitzelsystem im Werk in Schach zu halten versucht wird, darf nicht mehr lange zögern, mit in den Kampf zu treten und die Kampfbasis zu verbreitern. Die Kampfstimmung der Leuna-Arbeiter ist außerhalb des Werkes vorzüglich. Die Leuna-Arbeiter haben sich bereits eine Betriebszeitung „Der Leunaproleter" geschaffen. Diese Zeitung wird sehr gut aufgenommen. Die Direktion ist hinter ihr her, wie der Teufel auf die Seele. **Als eines Tages,** vor Beginn der Arbeit, „Der Leunaproleter" verteilt wurde, erschien kurz danach die Kriminalpolizei in Begleitung der Pförtner und bemächtigte sich gierig der umherliegenden Exemplare. Es gelang ihnen, etwa dreißig Stück zu ergattern. Nun, es wäre gut, wenn diese dreißig Exemplare unter den Direktoriumsmitgliedern des Werkes im Umlauf gesetzt würden.

Von der „Chemischen Fabrik Buckau-Ammendorf" wird berichtet, daß dort infolge eines „gewaltigen Defizits" in der Kasse **zwölf Prozent der Belegschaft entlassen werden müssen,** trotzdem seit mehr als 14 Tagen der neunstündige Arbeitstag eingeführt ist. **Als ein Arbeiter es wagte, nach acht Stunden den Betrieb zu** verlassen, wie es eigentlich Pflicht aller Arbeiter gewesen wäre, wurde dieser, obwohl sich die Direktion mit dem Betriebsrat dahin geeinigt hatte, **vorläufig keine Entlassungen vorzunehmen,** aufs Straßenpflaster geworfen. **Grund: Verstoß gegen die Arbeitsordnung, die den gesetzlichen Achtstundentag als neunstündigen Arbeitstag vorsieht.**

So wird auch die mitteldeutsche Chemiearbeiterschaft zum Kampf gezwungen. Der Kampf ist noch nicht offen aktiv, aber ist im Werden begriffen. Die Spannung, die mit jedem Tag durch das provokatorische Treiben der Unternehmer schärfer wird, muß zur Explosion führen. Die Arbeiterschaft muß jede Stunde bereit sein, den Kampf, der entbrennen muß, mit den schärfsten Mitteln zu führen unter der Parole: **Diesem System keine Minute länger als acht Stunden die Arbeitskraft geopfert.**

Die Reichskonferenz der „Chemie", Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin,** 17. März.

Gestern tagte eine Reichskonferenz der Chemiearbeiter in Berlin, zu welcher aus allen Bezirken und den großen Industriewerken Delegierte erschienen waren. Der Genosse Stimmer gab eingehend Bericht über die Lage des Streiks in Ludwigshafen. Er führte aus, daß die Kampfstimmung ungebrochen ist und ging besonders auf die Taktik der Franzosen ein, welche am Anfang des Streiks der Streikleitung in entgegenkommender Weise die Belegschaftsversammlungen genehmigte. In diesen versuchten die Separatisten Oberhand zu gewinnen, was ihnen durch die zielklare Streikleitung des Industrieverbandes nicht gelang. Die Lage hat sich insofern geändert, daß die Militärbehörde jetzt keine Versammlungen genehmigt, so daß sich die Streikleitung gezwungen sieht, für heute eine Versammlung nach Mannheim ins unbesetzte Gebiet einzuberufen. Es geht das Gerücht um, daß man versucht, die Streikleitung zu verhaften. Die christlichen Gewerkschaften haben es abgelehnt, gegen den Streik aufzutreten. In einer Funktionärversammlung der freien Gewerkschaften erklärten sich 29 gegen 7 für den Streik. Die Versammlung erklärt diesen für berechtigt. Es ist festzustellen, daß die Gewerkschaften an ihre Mitglieder hohe Unterstützungen zahlen, um sich damit gegen den Industrieverband auszuspielen und Verwirrung unter die anderen Belegschaftsmitglieder tragen zu können. Die Direktion behält den Arbeitern nach wie vor den ihnen zustehenden Lohn ein. Sie begründet das mit der Verweigerung der Notstandsarbeiten, da unbedingt das Kesselhaus Bau 4 in Betrieb gesetzt werden müsse. Die Streikleitung erkennt diese Forderung nicht an und ist in der Lage den Nachweis zu führen, daß die Lohnzahlung trotzdem erfolgen muß. Sie wird versuchen, durch Druck auf die Stadtverwaltung den Arbeitern zu ihren berechtigten Lohn zu verhelfen. Die Angestellten der freigewerkschaftlichen Organisationen haben ein Plakat herausgegeben, daß sich gegen den Kampf wendet. Es wird in dem Inhalt des Plakatanschlags von separatistischen Hetzereien und Aufwiegelung durch gewissenlose Elemente gesprochen. In der Diskussion brachten sämtliche Redner zum Ausdruck, daß die finanzielle Unterstützung unbedingt erforderlich sei. Es wurde ferner für unbedingt erforderlich erachtet, daß der Kampf der Ludwigshafener Kollegen durch aktive Unterstützung auf breitere Linie gestellt wird. Es wurde beschlossen, eine Leitung zu bilden, die sich aus Vertretern der Kollegen in Leverkusen, Höchst, Ludwigshafen, Bitterfeld, Leuna, Berlin und Hannover zusammensetzt. Die Leitung hat die Pflicht, die Möglichkeiten eines Abwehrkampfes im Reichsmaßstabe gegen den Raub des Achtstundentages und den Arbeitermord in Ludwigshafen zu unterstützen und den Kampf zu organisieren.

Die deutschvölkischen Demagogen und der Achtstundentag

(GPK.) Nach einem Bericht des Hugenberg'schen Berliner „Lokal-Anzeigers" vom 2. März hat die „Partei" des berüchtigten Knüppel-Kunze auf ihrem Großberliner Verbandstag unter anderem eine Entschließung zu der Frage des Achtstundentages gefaßt. Die Deutschvölkischen sprechen sich **gegen die Aufhebung des Achtstundentages** aus. Der Entschließung stellen wir die Tatsache entgegen, daß **Ehrhardt,** der in der völkischen Partei Bestimmt ein ganz **anderes Gewicht besitzt als der Knüppel-Kunze,** am 15. November 1923 einem Berichterstatter des geleesenen Blattes Südschwedens, „Sydsvenske Dagblad", erklärt hat:

„Durch den Achtstundentag und dadurch, daß keine Akkordarbeit geleistet wird, ist unsere Industrie in kurzer Zeit der Konkurrenz unterlegen.

(Vergl. den „Montag-Morgen" vom 19. November 1923.)

Durch diese Feststellung ist die Entschließung der Knüppel-Kunze-Partei als Demagogie entlarvt, die nur den Zweck hat, die Arbeiter auf den völkischen Leim kriechen zu lassen.

Eine Handgranate in die Deutschvölkischen. Gestern abend wurde in den Saal einer Wirtschaft in Hindenburg, in dem eine Versammlung der Deutschvölkischen Partei stattfand, eine Handgranate geworfen, wodurch drei Personen verletzt wurden. Der Täter, Otto Brencker aus Kupferdreh, wurde später festgenommen.

Komödie im Hitler-Theater

Ehrhardt natürlich „nicht" auffindbar — Ebert als Zeuge? An Stelle von Ehrhardt — Quidde verhaftet

München, 17. März.

Für jeden denkenden Menschen war von vornherein klar, daß der Ehrhardt, dieser „Tapfere", nicht auffindbar sein würde. An seiner Stelle erschien Kapitänleutnant Kautter, die „rechte" Hand Ehrhardts. Zunächst wird Pittinger, der Bundesvorsitzende von „Bayern und Reich", als Zeuge vernommen. Er läßt sich nicht „verblüffen" von den Advokaten der neuen Juristerei. Seine Aussage ist in dem einen Satz zusammenzufassen, daß er und der Bund „Bayern und Reich" in seiner übergroßen Mehrheit den Marsch nach Berlin im Hitler-Ludendorffschen Sinne immer für einen Unsinn gehalten habe und er entschlossen war, nötigenfalls dem Norden in gleicher Weise die Hilfe zu bringen, wie sie seinerzeit gegen die Münchener Räterepublik von Norddeutschland geleistet wurde. Die gleiche Auffassung habe auch stets Herr von Kahr vertreten, von dem sich der Zeuge seiner Versicherung nach seit der Errichtung des Generalstaatskommissariats absichtlich möglichst ferngehalten hat.

Dr. Pittinger sagt mit äußerster Vorsicht aus, daß er den Verfasser des Buches „Ludendorff in Bayern" kennt, weigert sich aber, ihn zu nennen! Eine beiläufige Bemerkung über Poehners negative Einstellung zum Staat gibt diesem Angeklagten Anlaß zu einem aufgeregten Protest, dessen unfreiwillige Komik Herrn Poehner offenbar nicht zum Bewußtsein kommt. Herr Poehner beteuert, er sei im Gegensatz zu den destruktiven Elementen dem Staate gegenüber positiv wie keiner; nur habe er sich nicht wieder vor den Wagen des in jeder Beziehung ganz unzulänglichen Herrn v. Kahr einspannen lassen wollen.

20 000 Dollar der Industrie für die militärischen Maßnahmen der Völkischen

Ludendorff hat von einem Vertrag mit den Führern der nationalen ungarischen Kreise gesprochen. Allerdings ist versucht worden, die gemeinsamen Richtlinien schriftlich niederzulegen. Das ist aber nicht zum Abschluß gekommen, weil in der Burgenlandfrage Schwierigkeiten entstanden. Oberst Bauer erklärte: **„Wir müssen um der Freundschaft mit Ungarn willen auf die paar Deutschen im Burgenland verzichten."**

Zu Beginn der Nachmittagssitzung wurde der Oberlandesgerichtsrat Tarst vernommen.

Vorsitzender: Herr Ehrhardt soll im Auftrage des Herrn v. Kahr Gelder gesammelt haben?

Zeuge: In Nürnberg besteht eine Vereinigung alter Burschenschafter, die am 17. Oktober zu einer Sitzung zusammenberufen wurden. In offizieller Sitzung erzählte uns der Ingenieur Uhlein, Ehrhardt habe vor einer Versammlung von Industriellen und Kaufleuten mitgeteilt, Kahrs Stellung werde durch Berlin unhaltbar gemacht. **Kahr habe sich daher entschlossen, loszuschlagen.** Wir faßten es so auf, daß militärisch gegen Norddeutschland vorgegangen werden sollte. Zum Losschlagen bedurfte es militärischer Maßnahmen, und vor allem Geldmittel. **Die Industrie Nürnbergs ist um Geld angegangen worden, und es sind 20 000 Dollars zusammengekommen.** (!) Es wurde dann besprochen, welche Maßnahmen in Rücksichtnahme auf das Ausland in Bayern getroffen werden sollten.

Antrag auf Ladung des Reichspräsidenten.

Rechtsanwalt Roder beantragt die Ladung des Reichspräsidenten Eberts, des Außenministers Dr. Stresemann, des Reichswehrministers Dr. Geßler und des Chefs der Heeresleitung, General von Seeckt, darüber, ob sie von dem beabsichtigten politischen Druck unterrichtet wurden. Darüber hat das Gericht noch Beschluß zu fassen. Einstweilen darf jedoch angenommen werden, daß Herr **v. Gräle,** der sich **„zufällig" in München** befindet, als Entlastungszeuge für Ludendorff erscheinen wird.

Der Pazifist Dr. Quidde verhaftet

(WTB.) **München,** 17. März.

Der bekannte Pazifist Professor Dr. Quidde wurde gestern auf Anordnung der Staatsanwaltschaft München verhaftet. Die Festnahme geschah im Zusammenhang mit der Veröffentlichung in der „Welt am Montag" vom 10. März. Diese gleiche Abhandlung hat Quidde auch als Flugblatt drucken lassen und an die Presse des Auslandes gesandt.

•

Während der Kapitänleutnant Ehrhardt, vom Oberreichsanwalt Dr. Ebermayer steckbrieflich wegen Hochverrats und Meineids verfolgt, sich in München frei bewegen kann, mit obersten Regierungsstellen in Verbindung steht, in der Gerichtssitzung vom 6. November 1923 neben dem Vertreter des bayrischen Justizministers sitzt, wird der Pazifist und frühere demokratische Abgeordnete Professor Dr. Quidde in diesem selben München verhaftet. Der Verhaftung liegt offenbar der Artikel „Die Gefahr der Stunde" zugrunde, den Professor Quidde heute vor acht Tagen in der „Welt am Montag" veröffentlicht hat. Man fragt sich erstaunt, wie dieser Artikel den Anlaß zur Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrates geben kann. Irgendwelche Nachrichten, deren Geheimhaltung für das Wohl des Deutschen Reiches erforderlich ist, oder irgendwelche Staatsgeheimnisse werden in diesem Artikel nicht ausgeplaudert.

Der verhaftete völkische Landtagskandidat Aßner wurde wieder freigelassen.

Die Fahne der Republik beschlagnahmt. WTB. meldet aus München: In einer Feier des republikanischen Reichsbundes bewegte sich gestern vormittag ein großer Demonstrationszug unter Mitführung von schwarz-rot-goldenen Fahnen nach dem Stadtinnere. Der Zug wurde von der Landespolizei aufgelöst. Einige widerspenstige Teilnehmer wurden verhaftet und die Fahnen beschlagnahmt. — Eine nette Republik, deren Fahnen von den „Organen der Republik" verboten und beschlagnahmt werden.

Bezirksparteitag der KPD. Halle-Merseburg

Wir tragen heute noch Referat, Korreferat und ein kurzes Stimmungsbild über die Diskussion auf dem Bezirksparteitag nach.

Nach Eröffnung des Parteitages gedachte der Vorsitzende unseres großen verstorbenen Führers Lenin und der vielen Genossen, die durch den Tod aus der kämpfenden Front des Proletariats herausgerissen worden sind. Die Delegierten hatten sich zur Ehrung der Toten von den Plätzen erhoben. Dann wurde folgende Tagesordnung festgesetzt:

1. Die Taktik der Partei (Referat und Korreferat).
2. Kassenbericht.
3. Wahl der Bezirksleitung.
4. Wahl der Delegierten zum Reichsparteitag.
5. Referat über organisatorische Fragen.
6. Stand der Presse im Bezirk.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte die Linke den Antrag, den Mitgliedern der Bezirksleitung das Stimmrecht zu entziehen. Sie begründeten diesen Antrag damit, daß in keinem Bezirk die Mitglieder der Bezirksleitung Stimmrecht haben. Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wurde dieser Antrag mit allen gegen neun Stimmen abgelehnt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach dann

Genosse Wilhelm Koenen

als Vertreter der Mittelgruppe, die die Auffassung der Exekutive in der deutschen Frage vertritt. Er führte etwa aus:

Wir befinden uns jetzt wieder in einer ansteigenden Aktivität der Abwehraktion des Proletariats. Sowohl in innerpolitischer wie auch in außenpolitischer Beziehung ist bereits eine Wendung eingetreten, die von der Partei eine klare und einheitliche Führung verlangt. Die Linke betont jetzt in jeder Konferenz, die Mehrheit der Parteimitglieder hinter sich zu haben. Sie muß darum jetzt schon der Arbeiterschaft im allgemeinen und der Parteimitgliedschaft im besonderen sagen, wie und mit welchem Programm sie die Partei in Zukunft führen will. Bisher ist die Linke noch jeder klaren Antwort aus dem Wege gegangen. Es genügt aber nicht, nur über die Fehler in der Vergangenheit zu diskutieren wenn man dabei die Fragen der Zukunft zu erörtern vergißt. Auch die Mittelgruppe erkennt gemeinsam mit der Exekutive die Fehler, die vor und während der Oktoberereignisse gemacht worden sind und bekämpft mit allen Mitteln die opportunistischen Strömungen innerhalb der Partei. Aber mit diesem Anerkennen der Fehler allein ist es nicht getan. Der Streit in der Partei geht heute nicht darum: für oder gegen den Kampf im Oktober, sondern **warum haben wir im Oktober die Mehrheit der Arbeiterklasse noch nicht hinter uns gehabt,** um den Endkampf führen zu können. Die Einheitsfronttaktik, sie sagen die linken Genossen, sei falsch gewesen. Dabei wird niemand bestreiten können und auch die linken Genossen nicht, daß **diese Taktik der Partei ungeheure Erfolge** gebracht hat. Wenn die Einheitsfronttaktik falsch gewesen wäre und die ganze Partei versaut hätte, dann hätte man auch im Oktober die Frage des Endkampfes nicht stellen können. Es gibt nur eins: Entweder war die Einheitsfronttaktik richtig, dann konnte man auch die Frage des Endkampfes stellen, oder die Einheitsfronttaktik war falsch, und dann durfte man auch die Frage des Endkampfes nicht stellen. Die Einheitsfronttaktik war richtig, denn sie ermöglichte es uns, ungeheure Massen des Proletariats zu mobilisieren und sogar große Teile der Mittelschichten stark zu beeinflussen. Auch die Mittelgruppe ist der Ansicht, daß der **kampflose Rückzug der Partei im Oktober ein schwerer Fehler war.** Die Partei hätte den Kampf im Oktober aufnehmen und die Kräfte, die zum Kampfe bereit standen, unter allen Umständen auch mobilisieren müssen. Ob die Partei den Endkampf hätte wagen können, konnte sich nur aus der Entwicklung der Abwehrkämpfe ergeben. Die Frage aber zu stellen, unbedingt in den Endkampf einzutreten und nur nach Sachsen zu starren, von wo aus der Kampf eingeleitet werden sollte, war grundfalsch. Es kommt jetzt darauf an, aus den gemachten Fehlern die richtigen Schlüsse zu ziehen. Die Mittelgruppe und auch die Exekutive halten an der Einheitsfronttaktik von unten fest, weil es gar keine andere Methode zur Mobilisierung der Massen gibt. Die Propaganda allein kann, wie es die Linke will, die Massen nicht mobilisieren. Wir brauchen vielmehr eine Politik, eine Taktik, die die Massen zusammenschweißt und unter unsere Führung bringt. Die Linke soll sagen, ob sie neue Wege und andere Methoden zur schnelleren Gewinnung und Organisierung der Massen vorschlagen kann. Bisher hat sie weder neue Wege, noch andere Methoden uns sagen können.

Wir sagen klar und deutlich, daß sich der Kapitalismus in Deutschland nicht mehr konsolidieren kann. Die deutsche Bourgeoisie kann ihre Schmutzkonkurrenz nur durch eine schärfere Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung aufrechterhalten. Dadurch wird sie die Arbeiterschaft immer wieder in den Kampf zwingen. Wir, als kommunistische Partei, müssen der Arbeiterschaft, die jetzt hin und her schwankt, einen festen Halt geben, und müssen ein entscheidender Faktor für die Beschleunigung der Revolution werden. Denn es hängt von uns ab, von unserer Taktik, die Revolution, die kommen muß, zu beschleunigen.

Hierauf sprach für die Linke die

Genossin Ruth Fischer.

Die Krise, die die Partei jetzt durchmacht, ist zurückzuführen auf die falschen Mehrheitsbeschlüsse über die Einheitsfront. Die Einheitsfronttaktik war eine theoretische Abirrung von der klaren kommunistischen Politik. Wenn sich auch heute noch die Exekutive auf den Boden der Einheitsfronttaktik stellt, so wird die Linke den Kampf gegen diese falsche Taktik auch in Zukunft nicht einstellen, sondern ihn weiterführen. Die Exekutive hat schon öfter die falschen Beschlüsse der deutschen Partei korrigieren müssen und sie wird vielleicht schon in einigen Monaten auf Grund der Erfahrungen die Einheitsfronttaktik als falsch ablehnen.

Im Oktober hatten wir eine historische Situation, in der der Kampf um die politische Macht unter allen Umständen hätte aufgenommen werden müssen. Die Partei mußte erkennen, daß die Ruhrbesetzung eine katastrophale soziale und wirtschaftliche Krise auslösen mußte und alle Kräfte für den Kampf mobilisieren. Statt dessen quälte sie sich mit dem Problem der Arbeiter-Regierung und stellte die gesamte Partei auf die Koalition mit den linken Führern der Sozialdemokratie ein. Sie glaubte, daß die linken Führer gemeinsam mit der KPD. für die Eroberung der politischen Macht kämpfen würden. Seit der Ruhrbesetzung hatten wir in Deutschland eine starke aufwärtsgehende revolutionäre Bewegung. Durch den Marksturz, durch die Teuerung und durch die Arbeitslosigkeit war in der Arbeiterschaft und bei großen Teilen der Mittelschichten eine große Erbitterung und Empörung vorhanden. Die Arbeiterschaft stand bereit, den Kampf um die Macht zu führen. Die Partei aber versagte und unternahm nichts, um die Kämpfe im ganzen Reich systematisch einzuleiten. Sie setzte vielmehr alles auf die Karte Sachsen, wo aber unsere Genossen in der Regierung keine revolutionäre Politik trieben, sondern sich von den Zeigner-Leuten ins Schlepptau nehmen ließen. Für diese Politik trägt auch die Parteimehrheit die Verantwortung, weil sie diese Politik unterstützt hat. Mit diesen Schwankungen innerhalb der Partei muß jetzt endgültig aufgeräumt werden. Das kann aber nur geschehen, wenn die Führung der Partei diesen Leuten entrissen, der Linken übertragen und die Mittelgruppe ideologisch liquidiert wird. Der Fraktionskampf muß selbstverständlich verschwinden. Die Ideologie des Zentrums werden wir nicht schlucken, weil sie der gefährlichste Feind in der Partei ist. Wir werden der gefährlichen Auffassung der Mittelgruppe keine Konzessionen machen, sondern unsere Linie wie bisher auch gegenüber der Exekutive vertreten.

Die Diskussion innerhalb der Partei hat nach den bisherigen Ergebnissen gezeigt, daß die Parteimehrheit mit der bisherigen Führung nicht mehr einverstanden ist. Die Parteimitglieder verlangen einen Linkskurs unter Führung der bisherigen Opposition. Und der Parteitag, der in nächster Zeit stattfindet, wird der Partei eine Plattform schaffen, auf der sie für die nächsten Monate im Interesse der Beschleunigung der Revolution weiterschreiten kann.

•

An diese beiden Referate schloß sich eine sehr ausführliche Aussprache an. Die Diskussionsredner behandelten in der Hauptsache die eigentlichen Differenzpunkte zwischen der Linken und der Mittelgruppe, die Einheitsfronttaktik und die Oktoberereignisse. Auch die Gewerkschaftsfrage stand im Mittelpunkt der Erörterung. Die einzelnen Redner schlugen sich je nach ihrer Auffassung über die Einheitsfronttaktik zu der linken oder zur mittleren Gruppe. Uebereinstimmung herrschte darin, daß auch mit dem Bezirksparteitag die Diskussion über die strittigen Fragen nicht abgeschlossen ist, sondern daß darüber hinaus noch weiter diskutiert werden wird und werden muß, daß aber jetzt, wo sich eine ungeheure Arbeit auftürmt, wo jeder einzelne Genosse sich mit aller Kraft in die Siele legen muß, damit die an die Kommunistische Partei gestellten Aufgaben auch im Interesse der Arbeiterschaft gelöst werden können, alle Meinungsverschiedenheiten zurückgestellt werden müssen. Die praktische Arbeit in den Tageskämpfen und Tagesnöten der Arbeiter wird die Kommunistische Partei zu einer einigen Partei, zur eisernen Kohorte der Revolution machen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240318-11/fragment/page=0002

Doch noch Ausnahmezustand

Der militärische Ausnahmezustand ist aufgehoben worden. Damit sind auch die auf Grund des Ausnahmezustandes erlassenen Unterdrückungsverordnungen gefallen. Die kommunistische Presse kann wieder ungehindert erscheinen. Hall, das stimmt nicht — Ia und das Amtsgericht Berlin-Mitte wissen es besser. Unterm 3. März 1924 hat die Abteilung Ia an sämtliche Polizeiinspektionen die Anordnung ergehen lassen, das Ergänzungsheft der „Internationale" Nr. 1, Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, zu beschlagnahmen. Diese Anordnung gründet sich auf einen Beschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Nach dem Urteil dieser objektiven Behörde ist in dem genannten Heft gegen die Verordnung vom 20. Januar 1924 des Chefs der Heeresleitung verstoßen worden.

Das Amtsgericht Berlin und die Abteilung Ia Berlin wollen wahrscheinlich bekunden, daß sie machen, was sie wollen, und daß es im Kampf gegen die Kommunisten immer nur auf den Erfolg ankommt, aber nicht auf die gesetzliche Grundlage.

Allerdings, auch wir wissen, daß die Justiz daß das Recht in Deutschland ein jämmerlicher Jammerfetzen ist, daß man sich schämen muß, sich dieses Fetzens noch zu bedienen.

Das dankbare Vaterland der Eisenbahner

„Neun Monate hobt Ihr für das Recht und Gerechtigkeit gekämpft, habt Ihr an der Last unseres gerechten Abwehrkampfes getragen, und willig habt Ihr Euer Bestes eingesetzt, habt Eure Arbeit, habt Haus und Hof, der Gewalt weichend, verlassen müssen. Eure Treue wird Euch nicht vergessen werden."

(Oesers Dank an die Eisenbahner am 26. September 1923.)

Nachdem der Ruhrkrieg auf Kosten des Proletariats liquidiert ist, Tausende von Ruhrproleten ihre Existenz, ihre Familie, ihr alles opferten, kommt der „Dank des Vaterlandes", der ja seit 1914 sprichwörtlich in Deutschland geworden ist, in folgendem Erlaß des Reichsverkehrsministers vom 11. Februar 1924 unter E. II 90 Nr. 20 130/24 zum Ausdruck:

Berlin, den 11. Februar 1924.

Ausgewiesene Arbeiter, die aus bestimmten Gründen in das besetzte Gebiet zurückkehren, sind wie folgt zu behandeln:

1. **Zu einer Dienststelle des unbesetzten Gebietes überwiesene Lohnempfänger, deren Ausweisung aufgehoben worden ist und die an ihren früheren Dienstort zurückzukehren wünschen, scheiden mit der Rückkehr in das besetzte Gebiet freiwillig aus dem Eisenbahndienste aus. Einer eisenbahnseitigen Kündigung bedarf es in solchem Falle nicht.**
2. **Noch nicht zu einer Dienststelle des unbesetzten Gebietes überwiesene Lohnempfänger, deren Ausweisung aufgehoben ist und die sich bereits wieder im besetzten Gebiet aufhalten, ist das Arbeitsverhältnis zu kündigen.**
3. **Ausgewiesene, die die Genehmigung zum Aufenthalt im besetzten Gebiet für eine bestimmte Zeit (zum Beispiel zwei Monate) erhalten haben, sind während dieser Zeit als ohne Lohnfortbezug beurlaubt anzusehen. Die Dienstzeit wird hierdurch nicht unterbrochen. (§ 26, Lohntarifvertrag.)**
4. **In den Fällen zu 1 und 3 werden die im unbesetzten Gebiet zurückgebliebenen Familienangehörigen einstweilen noch weiter betreut, spätestens jedoch bis zum Zeitpunkte, an dem die Familie im besetzten Gebiet Unterkunft finden kann.**
5. **Arbeitern, die die Erlaubnis zur dauernden Rückkehr in das besetzte Gebiet erhalten haben, sich aber weigern, dahin zurückzukehren, ist das Dienstverhältnis zu kündigen. Nach Ablauf der Kündigungsfrist hört die weitere Betreuung auf.**

gez. Oeser.

Der „Dank" heißt also auf gut Deutsch: Jeder Eisenbahner, der nach seiner Heimat zurück will, fliegt ohne Kündigung auf die Straße — **denn die Regie stellt keinen einzigen von ihnen ein.** Und wie haben die Eisenbahner im Ruhrkampf für die Profithyänen gefochten mit bitteren Opfern.

27 819 Eisenbahner mit 68 281 Angehörigen sind aus den Wohnungen vertrieben worden. 22 606 davon mit 57 584 Angehörigen wurden ausgewiesen. **305 Eisenbahner mit 191 Angehörigen** wurden von den Gerichten **verurteilt. 268 Eisenbahner mit 138** Angehörigen wurden **mißhandelt! Sieben Eisenbahner mit vier Angehörigen wurden getötet! Die Strafen, welche die Eisenbahner im Verlauf der Ruhraktion auf sich nahmen, betrugen: 20 Jahre Zuchthaus, 334 Jahre Gefängnis, 1 650 000 000 Franken, 6 474 333 000 Mark.**

Noch heute sitzen viele von ihnen im Kerker. Daraus werden alle die patriotisch angehauchten Vaterlandsretter erkennen, daß jener mit Emphase geführte „Kampf" ein „Wandern ins Nichts" war.

Opfer der Klassenjustiz

(Eig. Ber.) **Remscheid**, 17. März.

Vor der Sonder-Strafkammer des Landgerichts Elberfeld wurde gegen 14 Arbeiter, die an einer Demonstration vor dem Direktionsgebäude der Bergischen Stahlindustrie am 24. November 1923 teilgenommen hatten, Klassenurteile ausgesprochen, die auf drei Monate bis zu einem Jahr Gefängnis lauteten. Es waren meist jugendliche Angeklagte. Sie hatten mit berechtigter Entrüstung über die der Belegschaft und den Betriebsräten der Bergischen Stahlindustrie zuteil werdenden Behandlung einmütig demonstriert, und dann einigen Feuerwehrleuten, die mit Pistolen und Eisenwerkzeugen auf die Arbeiter eingeschlagen hatten, einen Denkzettel mit Eisenknüppeln erteilt. Diese Vorgänge waren herbeigeführt durch die beharrliche Verweigerung von Lohnzugeständnissen seitens der Direktion. Auch dieses Urteil zeigt die Justiz als eine Institution der Kapitalisten.

Politische Notizen

Spionageprozeß in Leipzig. Vor dem Reichsgericht wurde gestern als Auftakt zu dem am Donnerstag stattfindenden Prozeß gegen den Leiter der französischen Spionagezentrale in Basel, Hauptmann Darmont, ein Spionageprozeß verhandelt. Es wurden verurteilt: der schweizerische Staatsangehörige Kinoregisseur Bienz zu elf Jahren Zuchthaus, der Gefreite Bormann zu 13 Jahren Zuchthaus und Ausstoßung aus dem Heere, der Kraftfahrer Adler von den württembergischen Kraftfahrertruppen zu 2½ Jahren Gefängnis und Frieda Schenk, die Braut des Bormann, zu 2 Jahren Gefängnis. Gegen Bienz und Bormann wurde auf je zehn Jahre Ehrverlust erkannt. Bienz hatte sich im Auftrage Darmonts von den Mitangeklagten geheim zu haltende Papiere verschaffen lassen.

Zusammentritt des mecklenburgischen Landtages. In Schwerin in Mecklenburg ist gestern der neue mecklenburgische Landtag zusammengetreten. Zum Präsidenten wurde der deutschnationale Abgeordnete Iven gewählt. Die heutige Tagung des Landtags wird sich mit der Wahl des neuen Ministeriums befassen, das nur noch aus drei Ministern bestehen soll.

Stockung im Hamburger Hafen. In den beiden letzten Tagen sind 26 mit Kohle und Stückgütern beladene Dampfer von See kommend hier eingetroffen. Seit Sonnabend konnte jedoch nur ein Dampfer hier abgefertigt werden, und zwar nach Indien. Da der Ausgangsverkehr so gut wie stillgelegt ist, macht sich bereits eine starke Stauung von Schiffen an den Kais bemerkbar.

Ausland

Mussolini „Vetter des Königs"

Rom, 17. März. Nach der Ernennung d'Annunzios zum Fürsten von Montenevoso ist Mussolini jetzt zum Ritter des Annunziatenordens ernannt. Damit erhält Mussolini das Prädikat „Vetter des Königs".

Wohltätigkeitsschwindel der „Deutschlandhilfe"

(WTB.) **Graz i. d. Steiermark**, 18. März. Die Polizei hat einen umfassenden Wohltätigkeitsschwindel aufgedeckt, bei dem auch für die „Deutschlandhilfe" bestimmte Gelder unterschlagen worden sind. Die Blätter melden, daß die Geschäftsgebarung der Filiale der ersten österreichischen Künstlergemeinschaft überwacht worden sei, da ihre Sammeltätigkeit für die Kinderhilfe in Deutschland Verdacht erregt habe. Die polizeilichen Feststellungen sollen ergeben haben, daß von den gesammelten 90 Millionen Kronen nur etwa 8 Millionen abgeführt sein dürften. Der Leiter der Filiale, der Schauspieler Brückmüller, und mehrere andere Personen sind verhaftet.

Um die taktische Linie der KPD.

Bureaukratenklüngel oder Parteimehrheit?

Von **W. Scholem**

Die Debatte innerhalb der Partei steht nahezu vor dem Abschluß. Mit überwältigender Mehrheit haben sich die Mitgliedschaften im Reich in der Frage der Einheitsfronttaktik und in der Frage der Oktoberereignisse auf den Boden der bisherigen linken Opposition gestellt. Die Ansichten, die seit Jahren innerhalb der Partei von den Organisationen Berlin-Brandenburg, Hamburg-Wasserkante, Köln, Hessen-Frankfurt und Ruhrgebiet vertreten worden sind, haben sich durchgesetzt.

Nur ein zahlenmäßig sehr kleiner Teil der KPD. steht heute noch auf einem anderen Boden. Dieser zahlenmäßig kleine Teil besteht aber zumeist aus den Parteisekretären, Redakteuren und sonstigen Angestellten des Parteiapparates. Ein Teil auch dieser Genossen wird sich zweifellos im Interesse der inneren Festigung der Partei auf einer revolutionären Linie den Beschlüssen des kommenden Parteitages loyal fügen. Ein anderer Teil aber denkt nicht daran, den Willen der Mitgliedschaft zu respektieren und kündigt dies bereits offen an. Der Artikel des Genossen Gerhart in der Nummer des „Klassenkampf" vom Mittwoch, dem 12. März, verkörpert die Stimmungen dieses Teiles der Parteibureaukratie.

Genosse Gerhart erklärt, daß wir vor einem neuen „Leipziger Parteitag" ständen. Die Linke schicke sich an, unbarmherzig alle Genossen abzusägen, welche ihre Anschauungen über die Einheitsfronttaktik und die Oktoberereignisse nicht teilten. Die Linke wolle organisatorisch das Vorgehen Brandlers gegen die Opposition nachahmen. Diese Taktik der Linken beschwöre die Gefahr herauf, daß der nächste Parteitag der Beginn der Bildung einer neuen Fraktion sein werde, da sich die Mittelgruppe vor den Drohungen der Linken nicht fürchten werde.

Nachdarin, Euer Fläschchen! Die arme Mittelgruppe, die vielleicht noch 3 bis 4 Prozent der Mitgliedschaft im Reich hinter sich hat, jammert und schreit darüber, daß die Mitgliedschaft sich eine neue Führung wählt, und daß sie Leuten, die das Bündnis mit der linken Sozialdemokratie mitgemacht und die daher die volle Verantwortung für das Versagen der Partei im Oktober tragen, kein Vertrauen mehr schenkt. Aber was hat es mit dem Argument des neuen „Leipziger Parteitags" auf sich?

Der Leipziger Parteitag war ein Unglück für die Partei. Zu Beginn einer revolutionären Situation, zu Beginn des Ruhrkonflikts beschloß dieser Parteitag unter dem heftigen Widerspruch der obengenannten oppositionellen Organisationen für den Ruhrkonflikt eine politische Linie, die sich darauf einstellte, die Revolution durch das Bündnis mit der Sozialdemokratie und durch eine Arbeiter-Regierung im Rahmen der bürgerlichen Demokratie und mit den Mitteln der bürgerlichen Verfassung zu entwickeln. Diese falsche Taktik wurde mit einer kleinen Mehrheit durchgesetzt. Die große Minderheit, die nahezu die Hälfte des Parteitages und draußen im Reich die wichtigsten Organisationen hinter sich hatte, wurde nicht nur niedergestimmt, sondern bei der Wahl der Zentrale brutal an die Wand gequetscht.

Will die Linke diese Politik im umgekehrten Sinne jetzt betreiben? Will die Linke diejenigen Genossen, die zwar Brandlers Politik ablehnen, sich aber noch nicht zu einer klaren Auffassung in der Frage der Einheitsfronttaktik durchgerungen haben, vor den Kopf hauen und sie von jeder verantwortlichen Mitarbeit in der Partei fernhalten? Durchaus nicht! Diese Genossen werden nach dem Einfluß, den sie noch innerhalb der Parteimitgliedschaft haben und der ein sehr geringer ist, je nach der Stärke ihrer Vertretung auf dem Parteitag zur Mitarbeit herangezogen werden. Die linke Mehrheit auf dem Parteitag wird keineswegs in Brandlers Spuren wandeln.

Warum also das Geschrei? Daß die Mitgliedschaften, nachdem sie sich fast einstimmig auf den Boden der Linken gestellt haben, die Parteisekretariate, die Redaktionen und die Bezirksleitungen nicht ausgerechnet den schwankenden Genossen der „Mittelgruppe" anvertrauen werden, ist doch eine Selbstverständlichkeit. Wenn auf dem Bezirksparteitag in Westsachsen, von dem Genosse Gerhart in seinem Artikel spricht, in diesem Sinne gehandelt wurde, so muß der Genosse Gerhart auch mitteilen, daß dieser Bezirksparteitag sich mit 63 gegen 4 Stimmen auf den Boden der Linken gestellt hat. Glaubt der Genosse Gerhart vielleicht, daß in der Berliner Organisation, zur Zeit, als sie in der Opposition stand, die Zentrale linke Sekretäre geduldet hätte, wenn ein Bezirksparteitag sich mit einer derartigen Mehrheit jemals gegen die linke Berliner Bezirksleitung gewandt hätte?

In Wirklichkeit steckt hinter dem Geschrei ganz etwas anderes. Eine ganz kleine Minderheit von Parteiangestellten, welche sich die Brücken zu einer Einheitsfronttaktik nach sächsischer Manier offen halten will, fürchtet die jetzige Einmütigkeit innerhalb der Partei, die einer solchen Taktik abhold ist. In den Ausführungen des Gen. Gerhart war die Ankündigung enthalten, daß dieser Teil der Parteibureaukratie gegen die Mitgliedschaft der Partei und ihre Führung eine Fraktion aufziehen will. Sie möchten gern möglichst viel Macht im Parteiapparat behalten, um doch noch einen Umschwung in der Stimmung der Mitgliedschaft herbeiführen zu können. Dieses Verhalten erinnert fatal an das Verhalten gewisser Gewerkschaftsbureaukraten, die von der Mitgliedschaft abgelöst werden oder an das Verhalten der Bureaukraten in der USP. nach dem halischen Parteitag.

Wir warnen diese Genossen allen Ernstes vor einem solchen Wege. Die Kommunistische Partei ist im Begriff, sich zu konsolidieren. Verhältnisse, wie sie in der Sozialdemokratie herrschen, sind bei uns dank der Geschlossenheit der Mitgliedschaft und dank des revolutionären Kerns von Proletariern, die das Rückgrat der Organisation bilden, unmöglich. Auf dem kommenden Parteitag wird der Gruppenunterschied liquidiert, und wem es dann gelüstet, eine sozialdemokratische Opposition in der Partei aufzuziehen, der wird noch schneller als Paul Levi und die KAG.-Leute bei der Sozialdemokratie landen.

Die Entscheidung steht den Genossen offen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß alle Versuche, eine „rechte" oder „mittlere" Fraktion in der KPD. zu bilden, scheitern werden. Die Genossen der „Mittelgruppe" haben zwischen Brandler und der ungeheuren Mehrheit der Partei zu wählen. Da sie zum großen Teil erfahrene Revolutionäre sind, so glauben wir, daß die Entscheidung für sie nicht zweifelhaft sein kann.

•

Scholem, der Drachentöter

Von **Gerhart.**

Genosse Scholem beginnt seine Antwort mit einigen sogenannten Feststellungen: 1. Die große Mehrheit der Partei steht auf dem Boden der Linken, hinter der Mitte stehen höchstens drei bis vier Prozent der Mitgliedschaft. Dieser für Scholem schmerzliche Teil besteht zumeist aus Parteisekretären und Redakteuren usw. 2. Ein Teil dieses „Bureaukratenklüngels" wird sich zweifellos auf den Boden der Linken stellen (also ein linker Bureaukratenklüngel werden?), ein anderer Teil denkt nicht daran, den Willen der Mitgliedschaft zu respektieren und sich den Beschlüssen des Parteitages loyal zu fügen.

Hierzu sei folgendes bemerkt: Auf dem Boden der Mittelgruppe haben sich bis heute Halle-Merseburg, Erzgebirge-Vogtland, Ostsachsen, Ostpreußen, Oberschlesien, starke Minderheiten in Thüringen und in anderen Bezirken gestellt. Genosse Scholem wird sich abgewöhnen müssen, auch wenn es ihm schwer fallen mag, alle die Genossen, die nicht auf seinem Boden stehen, als „Bureaukratenklüngel" zu bezeichnen. So die Diskussion führen, heißt nicht bolschewistische Methoden, sondern öde sozialdemokratische Methoden verwenden. Wir werden vielleicht sehr vieles, was Scholem sagt, politisch für sehr schlecht halten, aber ihm niemals das „Argument" sagen, daß er ein „linker Bureaukratenklüngel" ist.

Auch nicht um die Frage der Disziplin geht es. Ueber die Disziplin gibt es keine Diskussion in der Partei. Die Partei und jeder Genosse der Mittelgruppe werden sich bedingungslos allen Beschlüssen unterwerfen. Sie werden aber, genau so wie die frühere Opposition, wie der Genosse Scholem zum Beispiel, wenn es notwendig sein sollte, streng im Rahmen der Partei ihre abweichenden Meinungen vertreten. Im Rahmen der Partei, mit aller Energie.

Und darüber kommen wir zum eigentlichen Gegenstand. Wird es möglich sein, gewaltsam Beschlüsse der Exekutive und politischen Entscheidungen, die jetzt noch bestehenden Gruppierungen zu überwinden, **oder wird durch das Verhalten führender Genossen der Linken dieser für die Partei unbedingt notwendige Konsolidierungsprozeß erschwert werden?** Unser Artikel stellte die Tatsachen fest, die praktisch eine Durchbrechung der Beschlüsse der Exekutive durch die Linken bedeuten. Er stellte weiter fest, daß dies zu schweren Auseinandersetzungen innerhalb der Partei führen muß. (Die Durchbrechung der Beschlüsse der Exekutive ist übrigens eine Disziplinfrage, Genosse Scholem.) Es ist nicht so, wie es sich im Kopfe des Genossen Scholem malt, daß der Streit darum geht, ob in einem Bezirk mit linker Mehrheit ein linker Sekretär aufgestellt wird oder nicht. Genosse Scholem muß sich abgewöhnen, politische Fragen vom Standpunkt des Absägens und Ausholzens zu betrachten.

Wir haben an die linken Genossen die Frage gestellt, ob sie sich klar darüber sind, welche Konsequenzen es mit sich bringt, auch auf dem Parteitag, wenn man die Mittelgruppe nach dem Ausspruch des linken Korreferenten, auf dem Bezirkstag Halle-Merseburg, als die „gefährlichste Gruppe" in der Partei betrachtet. Warum ist sie die gefährlichste Gruppe? „Sie hat sich noch nicht zu einer klaren Auffassung der Einheitsfronttaktik durchgerungen." Wenn sie das tun wird, wird sie sich mit den Linken verschmelzen. Wenn sie diese sogenannte klare Auffassung nicht annehmen will, und das will sie heute nicht, dann ist sie eben eine mehr als verdächtige Gesellschaft, gegen die man politisch und organisatorisch den schärfsten Kampf führen muß.

Worin besteht diese klare Auffassung? In unzähligen Resolutionen haben die Linken in den Jahren vor dem Oktober erklärt, daß sie die Einheitsfront nicht ablehnen, daß sie aber vor der Gefahr warnen, die Einheitsfronttaktik als Bündnis mit der Sozialdemokratie und die Arbeiter-Regierung als Synonym für eine bürgerliche Regierung aufzufassen. Der Hinweis auf die Gefahren der Einheitsfronttaktik ist ohne Zweifel ein großes Verdienst unserer linken Genossen. Die Partei hat nach dem Oktober in ihrer überwiegenden Mehrheit die schweren opportunistischen Abweichungen festgestellt, die die Partei begangen hat. Die überwiegende Mehrheit der Partei ist darüber klar, daß die Partei das klare Gesicht der Partei herausarbeiten, die sozialdemokratischen Ueberreste in der Partei überwinden und eine klare revolutionäre Strategie sich erringen muß. Die überwiegende Mehrheit der Partei ist sich darüber klar, daß die Einheitsfronttaktik heute infolge der veränderten Situation eine veränderte Taktik sein muß. Aber vor dem Oktober war die Taktik der Einheitsfront als Demaskierungsmanöver trotz aller Fehler bei ihrer Anwendung die notwendige Methode zur Eroberung der Massen. Die Exekutive hat ebenfalls in diesem Sinne entschieden.

Aber welche Differenzen sind dann noch vorhanden?

Die linken Genossen haben sich von den Beschlüssen der Exekutive entfernt. Sie führen den Kampf gegen die Mittelgruppe auf einem Boden, den sie selbst erst seit ganz kurzer Zeit beziehen. Sie erklären heute, daß die Taktik der Einheitsfront überhaupt und damit die Taktik der Partei der letzten drei Jahre eine revisionistische Taktik war.

Es versteht sich, daß sie konsequenterweise von dieser Plattform aus politisch und organisatorisch den schärfsten Kampf gegen die Mittelgruppe führen müssen. In der Hitze des Gefechts vergessen sie freilich, daß sie damit ihre eigene Vergangenheit, die die Taktik der Einheitsfront anerkannte, als opportunistisch brandmarken.

Merken sie, daß sie in dieser Frage in Widerspruch zum Kampf mit der Exekutive kommen müssen? Denn die Taktik der Einheitsfront wird noch in vielen Ländern angewendet werden müssen, Bereichert durch die Erfahrungen, die wir bei ihrer Anwendung machten, gewarnt durch die Gefahren, die sich bei ihrer Anwendung bei uns zeigten. Wollen die linken Genossen ihre These, die Einheitsfronttaktik ist opportunistisch, im internationalen Maßstab aufrollen und durchkämpfen?

Für die jetzige Situation in Deutschland ist die Einheitsfronttaktik als Demaskierungsmanöver erledigt. Aber nicht erledigt ist der Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse. Wenn wir diesen Kampf nicht zu führen verstehen, durch die Organisierung der „Einheitsfronttaktik von unten", dann bleibt alles Gerede von der Bolschewisierung der Partei in der Luft hängen. Denn die Partei wird nicht bolschewisiert, ohne um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für die Revolution zu kämpfen. Die Konkretisierung dieses Kampfes wird die Aufgabe des nächsten Parteitages sein.

Wir hoffen, daß es gelingen wird, gemeinsam ein solches Kampfprogramm auszuarbeiten. Und wir hoffen, daß es auch gelingen wird, durch die gemeinsame Arbeit die Gruppierungen zu liquidieren. Aber Voraussetzung dazu, Genosse Scholem, politisch und organisatorisch, ist, daß Ihr aufhört, die Mittelgruppe als „gefährlichsten Feind" zu betrachten. Und wenn Euch Eure These: Einheitsfronttaktik ist Revisionismus daran hindert, so liquidiert so schnell als möglich diese These. Was die Drohungen des Genossen Scholem betrifft, nun Drohungen sind so billig wie die Antwort auf solche Drohungen.

•

Berichtigung. In dem Artikel des Genossen Gerhart: „Vor einem neuen Leipziger Parteitag", in Nr. 10 des Klassenkampf, ist beim Satz ein Fehler unterlaufen: Zweite Spalte, zweiter Absatz, Zeile 12, statt „Diktaturfragen auf keinen Fall nicht" muß es heißen: in diesen Fragen auf keinen Fall.

Entscheidungen in der Diskussion über die Taktik

(Eig. Drahtm.) **Hagen**, 18. März.

Am Sonntag tagte der Parteitag des Bezirks Landgebiet der KPD., der die Unterbezirke Barmen-Elberfeld, Hagen, Sauer- und Siegerland und Hamm-Münster umfaßt. Eine Resolution der Mittelgruppe wurde mit 25 gegen 19 Stimmen der Linken angenommen.

(Eig. Drahtm.) **Düsseldorf**, 18. März.

Am Sonntag tagte ein Parteitag der Kommunistischen Jugend des Bezirks Niederrhein. Nach eingehender Diskussion der parteitaktischen Probleme entschied sich der Parteitag mit 43 gegen 8 Stimmen der Mittelgruppe für eine Resolution der Linken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240318-11/fragment/page=0003

Neuyork bei Nacht?
Der große Zor-Film! [898]
Premiere: Donnerstag, 20. März
C. T. Gr. Ulrichstraße 51

Neuyork bei Nacht?
Der große Zor-Film! [898]
Premiere: Donnerstag, 20 März
C. T. Gr. Ulrichstraße 51

Billige
und gute Bücher für den Arbeiter

Sonder-Angebot! 20 Prozent Rabatt!

geben wir bis auf weiteres auf alle hier angezeigten Bücher:

Kautsky: Marx' ökonomische Lehren
„ Thomas More und seine Utopie
„ Ethik und materialistische Geschichtsauffassung
„ Die proletarische Revolution und ihr Programm
„ Vorläufer des neueren Sozialismus, Bd. Nr. 48a und 48b
„ Rasse und Judentum, broschiert
Marx: Theorien über den Mehrwert, 4 Bände in 2 Dünndruckbänden (Lein.)
„ Lohnarbeit und Kapital, broschiert
„ Lohn, Preis und Profit
Marx, Engels: Das Kommunistische Manifest
Lassalle: Ueber Verfassungsfragen
Liebknecht: Reden und Aufsätze, gebunden
Lütkens: Deutschlands Außenpolitik
Lenin, Sinowjew: Gegen den Strom
Luxemburg: Die Akkumulation des Kapitals, gebunden und broschiert
Bebel: Charles Fourier
Bernstein: Englische Revolution
„ Voraussetzungen des Sozialismus, gebunden und broschiert
Blos: Die deutsche Revolution 1848/49, gebunden
Corvin: Pfaffenspiegel
Kulturbilder: Geschichte der Revolutionen, 2 Bände, gebunden
Blut und Eisen, 2 Bände, gebunden
Wider die Pfaffenherrschaft, 2 Bände, gebunden
Kampffmeyer: Geschichte der modernen Gesellschaftsklassen in Deutschland
Mehring: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2 Bände, gebunden
„ Die Lessing-Legende
„ Deutsche Geschichte, gebunden und broschiert
Cunow: Die Marxsche Geschichts-, Gesellschafts- und Staatstheorie
Dietzgen: Sämtliche Schriften, gebunden
Liebknecht: Fremdwörterbuch, Dünndruck
Engels: Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft
„ Ursprung der Familie
„ Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft
„ Die Lage der arbeitenden Klasse in England
Plechanow: Beiträge zur Geschichte des Materialismus
Pashitnow: Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland
Hepner: Joseph Dietzgens philosophische Lehren
Lissagaray: Die Geschichte der Kommune 1871
Salvioli: Der Kapitalismus im Altertum
Trotzki: Die russische Revolution 1905, broschiert und Pappband
Vorländer: Volkstümliche Geschichte der Philosophie
„ Philosophie der Klassiker
Reimes: Ein Gang durch die Wirtschaftsgeschichte
Dodel: Aus Leben und Wissenschaft, a) Leben und Tod, b) Kleinere Aufsätze
Hillquit: Sozialismus in den Vereinigten Staaten
Bucharin: Oekonomik der Transformationsperiode, gebunden
Greiling: Sozialismus und Sozialisierungstheorie, gebunden und broschiert
Williams: Durch die russische Revolution, broschiert

Bestellungen sind zu richten an die

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.
Abteilung: **Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14,** Fernruf 1045, 1047, 2251

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Halle, Harz 42 44
Mittwoch, d. 19. März abds. 7½ Uhr, im „Volkspark":
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen.
2. Wahl der Delegierten zur Bezirkskonferenz
3. Unsere Aufgaben zur Werbewoche
4. Verbandsangelegenheiten. 896

— Ohne Mitgliedbuch kein Einlaß! —
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung Halle des DMV.

Kaffeehaus Roland
Mittwoch, den 19. März:
Großes Schlachtefest
Ab 10 Uhr: Wellfleisch
Frühkonzert 898

Achtung!
Ein Posten erstklassiger
Dauerwäsche
zu verkaufen bei 66
Frau Anger
Wittenberg, Collegienstr. 62
im Hause der Ortskrankenkasse

Auf Abzahlung
kaufen Sie bei uns:
Komplette Schlafzimmer, Küchen, Einzel-Möbel, Wäsche, Kleider, Herren- und Damen-Garderobe, Herren-, Damen- u. Kinder-Stiefel
Konfirmanden-Anzüge
und anderes mehr 65
Wochenraten von 1 Mk. an
Nach geleisteter Anzahlung wird dem Käufer die Ware ausgehändigt
J. A. M. Breske,
Wittenberg, Schloßstr. 1, hof l.

Feldschmiede
gebraucht, guterhalten, zu **kaufen gesucht.** Angebote unter Nr. 863 an die Expedition des „Klassenkampf" erbeten.

Zur Anfertigung seiner
Herrengarderobe u. Damenkostüme
146 nach Maß empfiehlt sich
Otto Bartelt, Dreyhauptstraße 7

Volksbuchhandlung
Eisleben, nur Petristr. 1a
empfiehlt
politische u. schöngeistige Literatur
Schreibmaterialien u. Schulartikel
zu äußerst billigen Preisen

Möbliertes Zimmer
zum 1. April gesucht (Südviertel bevorzugt). Angebote unter Nr. 883 an die Expedition des „Klassenkampf" erbeten

Lehrling
welcher d. Fahrrad-, Nähmaschinen- u. Motorfahrzeugbranche erlernen will, stellt ein, bei voller Verpflegung (nur ehrlicher Junge kommt in Frage)
Otto Hofmann
Dölau. [894

Weißenfels
Bei 142
Wunderlich
Nikolaistr. 31
gibt es billigen
Sohlenleder-Ausschnitt u. Gummiflecke sowie
Lederpantoffeln
Ia. Lederausführung von 4 Mk. an,
sowie alle Arten
Schuhwaren
zu billigen Preisen

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen:

Ortsverein Halle
Distriktskassierer. Bis Mittwoch, 19. März: Kalender-Abrechnung.
Distrikt 13. Distriktsversammlung ist auf Freitag, den 21. März, verlegt.

Halle-Saalkreis
Ammendorf. Donnerstag, 20. März, 7 Uhr, im „Eistertal": Funktionärversammlung.
Oppin. Mittwoch, 19. März, abends 8 Uhr, in Ferls Lokal: Mitgliederversammlung.
Diesdorf. Heute abend 7½ Uhr im Lokal Fritz Meier: Mitgliederversammlung.

Mansfelder Seekreis
Langenbogen. Mittwoch, 19. März, abends 8 Uhr, bei Markgraf: Oeffentliche Versammlung.
Hergisdorf. Sonntag, 23. März, nachmittags 2 Uhr, im Gasthof „Fortuna": Oeffentliche Volksversammlung. Referent zur Stelle.

Kreis Merseburg
Altranstädt. Mittwoch, 19. März, abends 7½ Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung.

Kreis Weißenfels
Teuchern. Mittwoch, 19. März, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum": Funktionärsitzung. — Sonntag, 23. März, nachm. 2 Uhr, im „Grünen Baum": Mitgliederversammlung.

Kreis Liebenwerda
Grünewalde. Mittwoch, 19. März, abends 7 Uhr, Gasthof Wolfe: Funktionärsitzung.
Mückenberg. Mittwoch, 19. März, abends ½8 Uhr, bei Rolloff: Oeffentliche Volksversammlung.
Pistle. Donnerstag, 20. März, abends ½8 Uhr, im Gasthof zur Eisenbahn: Oeffentliche Volksversammlung.

Kreis Wittenberg
Piesteritz. Heute, Dienstag, abend 7 Uhr im „Schützenhaus": Märzfeier. Referent zur Stelle
Bad Schmiedeberg. Donnerstag, 20. März, abends 7½ Uhr: Oeffentliche Volksversammlung. Referent zur Stelle.

Kreis Sangerhausen
Wolferstedt. Sonnabend, 22. März, abends 8 Uhr, im Gasthof: Oeffentliche Versammlung. Referent bestimmt zur Stelle.

Wohnungstausch
Welcher **Hallenser** wünscht **Wohnungstausch** mit **Bitterfeld.** Offerten unt. Nr. 899 an d. Verlag „Klassenkampf" erbeten.

Kein Laden! Kein Laden!
Achtung!
Auf Kredit!
Alle Möbel u. Polsterwaren Anzüge, Kleider, Blusen Röcke, Hosen, und alle Bett- u. Leibwäsche, Gardinen usw. liefert die Firma:
Richard Gottschalk
*136 **Teilzahlung**
in wöchentlichen Raten von 0,50 Mk. an
Vertreter:
Otto Bein, Langenbogen
(gegenüber der Kirche)

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg!

Stadt-Theater
Mittwoch, 7½ Uhr:
Die Meistersinger von Nürnberg.
Donnerstag:
Marquis von Keith

Der wahre Wert
eines Seifenpulvers liegt in seiner sachgemäßen Zusammensetzung. — Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Erzeugnisse der Wäsche nicht nützlich sind.
Dixin
*135 Henkel's beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und
billiges Waschen

Merseburg
Funkenburg.
Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag: 147
Ball.

Drucksachen
aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossenschaft, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Konfirmand.-Anzüge
nur aus echten blauen
Cheviot-Qualitäten
auch nach langer Tragen noch echt in Farbe u. tadellos im Sitz, nur eigene Fabrikate in riesig. Auswahl

Preise Mk.
21
24
27
30
33
36
39
42
45

farbige
Konfirmanden-Anzüge
von 18 Mk. an
Beachten Sie bitte meine Schau entier auch ist die Besichtigung meiner Läger ohne Kaufzwang gern gestattet

Lehrlings-Bekleidung
für alle Berufe

Kleiderfabrik
Julius
Hammerschlag
36 Gr. Ulrichstr. 36
nahe der Alten Promenade

Praxis
für [261
Homöopathie
und
Biochemie
Sprechstunden: Vorm. 10 bis 12 Uhr, nachm. 3 bis 5 Uhr.
O. Brack,
Merseburg,
Friedrichstraße 23

Kauft nur bei unseren Inserenten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240318-11/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 18. März 1924.

Zum 18. März

Der Gefangene

Ich öffne meine Augen nicht,
Denn was ich sehe, ist so bitter.
Vier kahle Wände, ein wenig Licht
Und kalte, schwarze Kerkergitter.

Ich hülle mich in meiner Träume Kleid,
Das buntgewebte, still mich zu versenken
Und will mich ganz der Kinderzeit
Und ihren holden Bildern schenken.

Doch meine Ohren saugen ein
Ruhelose Schritte armer Seelen
Und scheuchen mich aus lichten Träumerein.
Die Wände werden Geister und erzählen
Von unterdrücktem, martervollem Sein.

Bruno Schoenlank.

Grabrede auf einen jungen Proleten

Wenig Glanz und Sonne gab es in Deinem Leben, Proletarierkind. In einem Alter, da die Herrensöhnchen nur Vergnügen und Jugendlust kennen, warst Du schon mit der Fron vertraut, wußtest um Hunger und Kälte, um Not und Sorge. Aber in der Ferne leuchtete Dir der rote Stern einer besseren Zukunft, strahlte die neue Welt, in der jeder Werktätige zu seinem Recht kommt. Für diese Welt wolltest Du kämpfen, sie wolltest Du mit erringen — für alle.

Dann kam die Kugel.

Und nun ist für Dich der rote Stern erloschen, die strahlende Welt ist in Dunkel versunken. Du mußtest aus den Reihen der Kämpfer treten.

Wer aber schoß die Kugel ab?
Unternehmerhabgier, bangend um ihre Profite.
Spekulantengrausamkeit, zitternd um ihren Raub.
Junkerrohheit, verschanzt hinter Bergen von Korn.
Neid der Satten, der dem Hungernden nicht einmal das nackte Leben gönnt.
Wer schoß die Kugel ab?

Vielleicht einer, den der gleiche Vater Hunger gezeugt, die gleiche Mutter Not gesäugt — Dein Bruder im grünen Rock.

Du, der Du selbst Zukunft warst, hast die Zukunft verloren. Aber Dein Tod soll nicht vergeblich sein. An Deinem Grab geloben wir: nicht mehr lassen wir unsere Jugend morden durch Fron der Fabrik, durch Tuberkulose der Kellerlöcher, durch nagenden Hunger, durch Kugeln der Kapitalisten. Dein Blut schreit nach Vergeltung. Im Grab noch sollst Du es wissen: die Kugel, die Dich traf, hat unseren Kampfwillen nicht getötet. Ein Opfer mehr fordert Sühne.

Sie soll ihm werden!

Sozialdemokratisches

Sozialdemokratische Führer prügeln einen kommunistischen Redner von der Bühne herunter

Die **VSPD. Halle hatte mit großem Theaterdonner angekündigt**, daß sie den „Kampf um den neuen Reichstag" am Montag, dem 17. März, im großen Saale des „Volkspark" eröffnen werde. In welcher Weise diese vereinigten Brüder der sozialdemoratischen Glaubensgemeinde den Wahlkampf zu führen gedenken, sollte den Arbeitern gleich am Montag klargemacht werden. Die Arbeiter, die bis jetzt noch nicht glauben wollten, daß **die Sozialdemokratische Partei ein Flügel des Faszismus,** eine Schutztruppe des Unternehmertums ist, werden heute anderer Meinung sein. Die bisherigen Reichstagsabgeordneten Kunert und Krüger sollten mit dem Thema „Rettung oder Untergang" die hallischen Arbeiter einseifen. In dem schwach besetzten Saale des „Volkspark" hatten die sozialdemokratischen Gewerkschaftshaus-Aktionäre natürlich die Regie. Die beiden Referate, von denen das Kunertsche bewies, daß man bereits den Glauben an die Rettung verloren hat, und das Krügersche Referat den Nachweis lieferte, daß der Untergang der VSPD. besiegeltes Schicksal ist, wurden ohne jedwede Störung seitens der erschienenen Kommunisten angehört. Kunert, dessen Alter entschuldigt, daß er eine geradezu jammervolle Kandidatenrede hielt, trat zwar nicht weniger in den Hintergrund, als der demagogische Schwadroneur Krüger, der bereits zu ahnen scheint, daß sein Mandatchen an zweiter Stelle verflucht wacklige Aussichten auf Erfolg hat. Es wäre müßig, den kostbaren Raum im „Klassenkampf" mit Widerlegungen des öden Geschwätzes dieser beiden Untergangspolitiker zu vergeuden. Der Inhalt der Referate wurde praktisch in der sogenannten freien Aussprache jedem einzelnen vordemonstriert. Der Genosse Menzel, der im Auftrage der Partei den kommunistischen Standpunkt in jener Versammlung vertreten sollte, erhielt als erster Diskussionsredner das Wort. Schon bei Nennung seines Namens heulte ein Teil der sozialdemokratischen Betgemeinde. Mit den ödesten Zwischenrufen wie: „Bezahlter Spitzel", „bezahlter Moskaujünger", „der Mann mit der Glücksweste", „der Koch aus dem Offizierskasino" usw., wurde Menzel unterbrochen. Die Zwischenrufer kennzeichneten zwar durch die Art ihrer Zwischenrufe, welch Geistes Kinder sie waren, aber eine einzige Zurückweisung dieser geradezu skandalösen Anwürfe durch den Genossen Menzel genügte, um die ganze Gesellschaft außer Rand und Band zu bringen. Der große „Ethiker" F. O. H. Schulz stand wutschnaubend vor der Bühne und brüllte: „Halt die Schauze". Das Toben der sozialdemokratischen Funktionäre wurde so schlimm, daß der **anwesende Polizeioffizier auf die Bühne sprang und erklären mußte, daß er die Leitung der Versammlung in die Hände nehmen würde und mit allen ihm durch den Belagerungszustand gegebenen Machtmitteln Ruhe und Ordnung schaffen würde.** Also unter diesem Zeichen eröffnet die Sozialdemokratische Partei, die Vertreterin der reinsten Demokratie, ihren Wahlkampf. Eine Frau (wie uns mitgeteilt wird, ist sie Vertreterin im Wohlfahrtsausschuß) warf mit einer frischen Semmel nach dem Genossen Menzel. Sehr charakteristisch für die Auffassung dieser Wohlfahrtstante über Not und Elend im Proletariat. Nachdem der Genosse Menzel sich weder durch die blöden Zwischenrufe, noch durch das kühne Vorgehen einiger kräftiger Gestalten aus der Ruhe bringen ließ, mußten die Leutchen zu einem anderen Mittel greifen. Der Leiter der Versammlung, ein gewisser Herr Schaumburg, brachte es fertig, **den Genossen Menzel kopfüber von der Bühne herunterzustoßen.** Das war selbst den sozialdemokratischen Arbeitern zu viel. Mit Ekel und Verachtung verließen viele daraufhin den Saal. Der Schlüssel zu diesem unerhörten Skandal wurde jedoch bald gefunden. Die maßlose Wut, die der sozialdemokratische Parteiführerklüngel von Halle gegen den Genossen Menzel wegen seines Auftretens gegen die sozialdemokratischen Wahrheitsapostel hat, sollte gestern zur Entladung gebracht werden. Ein unabhängiger Arbeiter, der vereinzelt in einer Ecke des Saales Platz genommen hatte, berichtet uns, **daß, ehe Menzel das Wort erhielt, die fanatischen Pazifisten F. O. H. Schulz, Schaumburg, Petersdorf, Heimatdienst-Müller und noch einige andere, die er nicht persönlich kannte, gemeinsam folgendes ausheckten: „Unter allen Umständen muß verhindert werden, daß dieser Lump heute abend hier spricht."** Darauf verstreuten sich die Verschwörer im Saale und arrangierten jene häßliche Szene, die den anständigen Sozialdemokraten die Schamröte ins Gesicht trieb. Heimatdienst-Müller (bei Nennung des Namens ist angebracht, eine Mundspülung vorzunehmen) war der Hauptarrangeur des beginnenden Kampfes der VSPD. für den Wahlkampf. Charakteristisch ist, daß ein Genosse der KAPD. sowie ein Genosse der USPD. und ein Vertreter der Deutschen Volkspartei ungehindert sprechen konnten, obwohl der USPD.-Arbeiter den sozialdemokratischen „Freiheitskämpfern" nichts schenkte, und die Ausführungen des KAPD.-Redners keineswegs an Schärfe hinter denen Menzels standen. Der Abend hat gezeigt, daß es in dem kommenden Reichstagswahlkampf nicht möglich sein wird, ohne genügenden Saalschutz in einer sozialdemokratischen Versammlung, wo die heimatdienstlichen Schläger vertreten sind, zu reden. Charakteristisch ist weiter, daß nicht weniger **als zwanzig mit Karabinern bewaffnete Schupobeamte das Gebiet um den „Volkspark" sicherten und nach Schluß der Versammlung die Straßen absperrten,** so daß es den Versammlungsbesuchern nicht möglich war, auf direktem Wege nach Hause zu gelangen. Wenn die Sozialdemokratische Partei die Eröffnung des Wahlkampfes in dem Zeichen dieser demokratischen Auffassung beginnt, nun gut, es soll uns Kommunisten recht sein. Wir werden unsere Taktik für den Wahlkampf den Sozialdemokraten gegenüber dementsprechend einstellen müssen. Wenn es der Kommunistischen Partei darauf angekommen wäre, nur der Störung halber jenen sozialdemokratischen Parteikonventikel zu besuchen, dann wäre es für sie ein leichtes gewesen, kommunistische Arbeiter zum Besuch jener Versammlung aufzufordern und es wäre verhindert worden das, was jene sozialdemokratischen Faustkämpfer sich am Montag im Taumel geistiger Perversität geleistet haben.

Arbeiter, sichert Euch Euer Wahlrecht!

Wir weisen nochmals darauf hin, daß jeder Wahlberechtigte in Halle nur dann sein Wahlrecht ausüben kann, wenn er im Besitze einer Wahlkarte ist. Diese Wahlkarten sind vor einigen Tagen an die Hausbesitzer gegeben worden, die sie an ihre Mieter zu verteilen haben. Die Wahlkarten gehen dann, von den Wählern ausgefüllt, an den Magistrat zurück, der dann später den Wählern mitteilt, daß sie wahlberechtigt sind. Als Legitimation gilt bei der Wahl eben die vom Magistrat an den Wähler gesandte (Wahl-)Karte. Wer also von seinem Hauswirt noch keine Wahlkarte zum Ausfüllen erhalten hat, kann nicht wählen. Er muß deshalb sofort von seinem Hauswirt die Wahlkarten für die in seiner Wohnung (Frau, Kinder, Schlafburschen usw.) anwesenden Wahlberechtigten verlangen, diese ausfüllen und sofort wieder zurückgeben.

Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß auch diejenigen wahlberechtigt sind, die Armenunterstützung beziehen. Es ist, wie aus verschiedenen Anfragen an uns hervorgeht, die irrige Ansicht vertreten, daß Armenunterstützungsempfänger nicht wahlberechtigt sind. Unsere Genossen haben die Pflicht, diesen irrigen Auffassungen überall entgegenzutreten.

* **Russischer Sprachkursus.** Die A-Abteilung beginnt heute, Dienstag, ½8 Uhr, mit der Arbeit. Zur Einteilung der B- und C-Abteilungen müssen alle noch nicht eingeteilten Teilnehmer Mittwoch abend ½8 Uhr in der kath. Volksschule, Eingang Oleariusstraße, sich einfinden.

* Die proletarische Jugend wird hiermit nochmals auf den am Mittwoch, dem 19. März, in der alten Volksschule stattfindenden ärztlichen Vortrag hingewiesen. Thema: „Geschlechtskrankheiten." Referent: Dr. Markus. **Arbeiter-Abstinentenbund. Arbeiter-Samariterbund (Kolonne Halle).**

Wer kennt die Leiche? Am 15. März wurde an der Talstraßenseite in Höhe der Peißnitzspitze aus der Wilden Saale die Leiche einer weiblichen Person gelandet. Beschreibung: 1,68 bis 1,70 Zentimeter groß, schlank, dunkelblond. Bekleidung: Blauweißgestreifte Barchentbluse, darunter eine blaue Bluse, blauer Rock, weißes, geflicktes Barchenthemd, graue Barchenthose, graue, mit roten und schwarzen Streifen versehene Schürze, sog. Scheuerschürze, lange, schwarze Strümpfe, ohne Fußbekleidung. Die Leiche ist nach dem Gertraudenfriedhof gebracht worden. Mitteilungen über die Persönlichkeit der Toten nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 117, entgegen.

Theater und Konzerte

„Die Meistersinger" von Richard Wagner.

Wagner, der Kämpfer, nicht nur auf musikalischem und literarischem, sondern auch auf politischem Gebiet, wie seine Teilnahme an den Dresdener Maiaufständen 1848 zeigt, Wagner, der Umstürzler, der mit den zu seiner Zeit herrschenden musikalischen Traditionen brach, um weit, weit tiefer zu schürfen, um Schauspielkunst, Musik und Dichtung einem vollkommenen Kunstwerk, dem Musikdrama, dienstbar zu machen, dieser Wagner, den man befehdete, verdammte, lächerlich machte, genießt heute Weltruf. Eins von den vielen Beispielen in der Geschichte, das alle diejenigen, die kämpferisch vorwärts drängen, anspornen kann.

In den „Meistersingern" wird Wagner seinen Prinzipien scheinbar untreu; denn das dramatische Moment, das er so sehr betonte, tritt hier infolge der Eigenart des Stoffes, der sich mehr auf die Charakteristik des kunstliebenden Nürnberg zur Zeit des Meistergesanges beschränkt, etwas zurück. Deshalb war er auch gezwungen — in bezug auf das rein Aeußerliche — die Bezeichnung „Oper" für dieses Werk zu wählen und statt der im Musikdrama durchgeführten szenischen Einteilung der Akte die alte Nummerneinteilung (Nr. 1 Chor, Nr. 2 Arie usw.) wieder anzuwenden. „Die Meistersinger" sollten eben nichts weiter sein, als ein heiter-ernstes Bild, ein Blick ins mittelalterliche Nürnberg, ein Menschlichnäherbringen des als „Schuhmacher und Poet dazu" verspotteten Hans Sachs, dessen Gegenpol, der spießerhafte Beckmesser, Humor und Satire auch zu Wort kommen läßt. Dazu das alte Lied vom Lieben und Sich-endlich-finden (Walter und Eva), und die „Meistersinger" wurden das populärste der Wagnerschen Werke. In musikalischer Hinsicht bleibt sich Wagner in diesem Werk treu. Die Musik unterstreicht den Text. Die einzelnen Leitmotive, die teils in ihrer ursprünglichen Gestalt, als Erinnerungsmotive gedacht, teils thematisch umgebildet, immer wieder auftreten, umreißen den Text so scharf, daß auch beim Nichtverstehen desselben der Hörer sofort weiß, um was es sich handelt. Auf diese Weise werden Sachsens edle Menschlichkeit, die Würde der Meistersinger, Walters Liebe und die Komik Beckmessers treffend charakterisiert. Die meisterhaft durchgeführte Polyphonie, sowohl im Chor, als auch im Orchester, erinnert an Bachs Kunst.

Die Sonnabend-Aufführung im Stadttheater kann als Erfolg gebucht werden. Das Orchester war auf gewohnter Höhe; Kapellmeister Vollmann ließ zum Schaden der Solisten an einigen Stellen zu dick auftragen. Im übrigen verstand er es, den Kontakt mit Solisten und Chor jederzeit hergestellt zu erhalten. Dieser erfüllte seine teilweise schwierigen Aufgaben zur Zufriedenheit. Herrn Siegles Regiekunst erwies sich vor allem in den Massenszenen. Von den Solisten verdient das Hauptlob Fritz Kerzmann, der durch Spiel und Gesang den Hans Sachs jene warme Menschlichkeit gab, wie sie darzustellen Wagner im Sinne hatte. Bei Fritz Berghoff (Stolzing) ist im Ganzen genommen eine stimmliche Besserung gegen früher nicht zu verkennen. Sein Tenor könnte viel strahlender sein, wenn er sich bemühen würde, den Ton vorn, und nicht hinten in der Kehle, zu bilden. Hilde Voß als Eva wirkte in jeder Hinsicht sympathisch. Der Gast, Herr Fischer, bot als Beckmesser schauspielerisch eine vollkommene Leistung, wie überhaupt alle Sänger in dieser Hinsicht ganz Hervorragendes leisteten. Sein Baß dagegen klingt unkultiviert. Herr Abeck (David) bat um „gütige Nachsicht" Man schweigt also. Von denjenigen Solisten, die mit kleineren Rollen bedacht waren, verdient Heinz Prybit (Pogner) ganz besonders hervorgehoben zu werden. Tonbildung und Aussprache dieses vielversprechenden Sängers sind geradezu musterhaft. Mancher seiner Kollegen könnte sich in diesem Punkte ein Beispiel an ihm nehmen. B.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen der KJ. des Saalkreises!

Das für Sonntag, den 23. März, nach Wettin angesetzte Unterbezirkstreffen muß aus verschiedenen Gründen verschoben werden. Nähere Mitteilung darüber erfolgt noch.

DAS WORT Aus dem Inhalt der Nr. 34: 1848—192.? Achtundvierzig in Halle. Gandhi. Gedichte von Walter Hasenclever. Kahr-Claß-Seeckt. Feuilleton: Neues Herz . . . altes Herz . . . Die Proletarier. Volk und Revolution (1850). Sprüche. Titelzeichnung: Original-Holzschnitt für „Das Wort" von Karl Völker.

„Klassenkampf"-Leser, bestellt „Das Wort"!

Rote Hilfe tut not!

Proleten, gedenkt der Klassengenossen in den Kerkern!

Genossen und Genossinnen, denen die Gabe versagt ist, öffentlich aufzutreten, glauben für die Partei weiter nichts leisten zu können, als Beiträge zu zahlen. Diese Einstellung ist vollständig verkehrt. Bei einer proletarischen Partei, wie die kommunistische, ist die Kleinarbeit, wie Flugblätter verteilen, Zeitungsleser sammeln, Mitglieder werben, viel wichtiger, als in den Versammlungen schöne Reden zu halten. Und sehr wichtig in der jetzigen Zeit ist es, die Solidarität der Arbeiterschaft zu wecken, Munition für die Unterstützung der Familien zu sammeln.

Die Reaktion hat im diesmaligen Angriff das Proletariat an der richtigen Stelle gefaßt, indem der Militarismus im Bunde mit der Klassenjustiz sich auf die Arbeiterschaft stürzte und soviel Opfer zur Strecke brachte, daß man im ersten Augenblick verzweifelte und glaubte, diesem Ansturm nicht trotzen zu können. In den letzten vier Monaten sind wohl an die 6000 Proletarier durch die Mühle der deutschen Klassenjustiz gemahlen worden. Der Ansturm der Reaktion war so wuchtig, daß die in Frage kommenden Instanzen nicht ein noch aus wußten. Durch das Verbot der Partei und ihre Einrichtungen war auch die Rote Hilfe mit betroffen. Gelder wurden zum Teil beschlagnahmt. Auf solchen Vorstoß der Reaktion war man nicht gerüstet. So kam es, daß hier und da die Unterstützungen der Frauen und Kinder nicht so klappen konnten, wie es in legaler Zeit der Fall wäre. Bei den hohen Anforderungen, die an Rote Hilfe und Juristische Zentralstelle in bezug auf Geldmittel gestellt wurden, mußte der größte Born versiegen.

An die Arbeiterschaft Deutschlands geht jetzt die Mahnung, sofort zu rüsten, um gegen spätere Schläge gewappnet zu sein. Das Wecken der Solidarität steigert das Zusammengehörigkeitsgefühl der revolutionären Massen.

Ein Genosse schreibt dazu:

„Ich erinnere mich an meine jungen Jahre unter dem Sozialistengesetz. Es konnte nur der Genosse an den Sitzungen der Interna teilnehmen, der im vollsten Maße bei der Kleinarbeit seine Pflicht getan hatte. Der Markenvertrieb zur Unterstützung der Ausgewiesenen war ein Prüfstein mit, ob der Genosse würdig war, in die Interna aufgenommen zu werden."

Im Jahre 1921 war die Solidarität in Mitteldeutschland gerade das Mittel, die Bewegung wieder in die Höhe zu bringen. In [illegible] Dörfern waren fast alle männlichen Genossen hinter Schloß und Riegel gesetzt, die Frauen mußten einspringen, damit die Unterstützung der Familien von Inhaftierten klappte. Die Schupo hatte so gründliche Arbeit verrichtet, daß in einem Dorfe bei Eisleben der Ortsvorsteher, der Ortsdiener und sämtliche im Ort wohnenden Genossen eingesperrt wurden — und doch ging die Bewegung nicht unter; die Frauen — unterstützt von einigen mit der Partei sympathisierenden Männern am Orte — setzten sofort mit ihrer Arbeit ein, und, da die Sammeltätigkeit in ganz Mitteldeutschland ebenfalls einsetzte, war es möglich, die Familien der Inhaftierten über Wasser zu halten, um den Genossen vor Gericht Verteidiger zu stellen. Diese schnelle Hilfe brachte die Frauen, die meistens unserer Bewegung fremd gegenüberstanden, als tüchtige Helferinnen und als Kommunistinnen in unsere Reihen. Der Genosse schreibt weiter:

„Ich kann mich entsinnen, in einem kleinen Städtchen, wo ich die ersten Unterstützungen selbst auszahlte, daß die Frauen sich schon gegenseitig halfen. Die Frauen von den Dörfern brachten auf einem Handwagen von ihrem Deputat Kartoffeln und etwas Mehl.

Geradezu rührend war es für mich, als ein altes Mütterchen, deren einziger Sohn und Stütze zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt war, mit einem Säckchen Erbsen im Tragkorb ankam, diese mit zur Verteilung gab mit dem Bemerken, man solle ihr nur etwas Geld geben, wofür sie sich andere notwendige Lebensmittel in der Stadt kaufen wolle. Dieser schöne Zug von Opferwilligkeit hat eine Zeit angehalten, dann ist er versiegt, weil nach meinem Dafürhalten von oben zu wenig Wert auf diese kleinen Dinge gelegt wurde, und doch sind diese Taten der gegenseitigen Hilfe im revolutionären Kampfe eine bittere Notwendigkeit. Wenn es erst an die Unterstützung der Familien mangelt, wenn den kämpfenden Genossen, welche ihre Pflicht getan haben, nicht im weitesten Maße Rechtsschutz erteilt werden kann, dann fällt dies alles zum Schaden auf die Partei zurück."

Soeben schreibt mir ein Rechtsanwalt in einem langen Briefe folgende Sätze:

„Im übrigen setzen Sie mich in die größte Verlegenheit, wenn ich meine Hilfe ablehnen muß. Weinend kommen Frauen und Angehörige zu mir, bitten mich um Beistand. Was soll ich tun? Bitte geben Sie mir einen Rat. Ich weiß keinen Ausweg. Auf der einen Seite steht die Partei auf dem Spiel, auf der anderen Seite der unglückselige Geldpunkt. Für alle Folgen werde ich dann haftbar gemacht und alle schimpfen auf mich."

Der Rechtsanwalt, der dies schreibt, hat recht. Es darf bei einer revolutionären Partei nicht vorkommen, daß in diesen beiden Punkten gespart wird. Ich rufe daher alle Arbeiter zur Tat auf. Keiner darf ohne Sammelliste oder Sammelbons in der Tasche sein. Die furchtbare Arbeitslosigkeit und ihre Folgen sind mir wohlbewußt, auch daß es in vielen Familien trübe aussieht. Das darf uns aber nicht abhalten, das Letzte zu opfern, denn alles wird mit zur Befreiung des Proletariats aus seinen Ketten beitragen.

Ehrt die Opfer der proletarischen Revolution

heute abend, 8 Uhr, im „Volkspark" in einer Gedenkfeier der KPD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240318-11/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Der dritte Zeitzer Landfriedensbruchs-Prozeß

Wir haben gestern die schweren Urteile im 3. Zeitzer Landfriedensbruchs-Prozeß veröffentlicht. Sie sind hart, für einzelne sehr hart ausgefallen, und können unseres Erachtens mit den Straftaten nicht in Einklang gebracht werden. Von der Naumburger Strafkammer kann aber nicht erwartet werden, daß sie milde Urteile fällt, wenn es sich um angeklagte Arbeiter handelt, zumal um revolutionäre. Die Naumburger Justiz ist ja in dieser Hinsicht bekannt. Nicht berücksichtigt worden sind die Umstände, die zu dem „Landfriedensbruch“ der Arbeiter führten, ebenso nicht die damalige Zeit mit ihren schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen und auch nicht die Gemütsverfassung, in der sich ein Teil der Angeklagten befand. So hat man den Hauptangeklagten Winter zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt, der an epileptischen Anfällen leidet auf Grund eines Schädelbruches, den er sich 1915 als Soldat zugezogen hat. Der Angeklagte ist äußerst erregbar, was auch der Gefängnisarzt bestätigte. Bei einem Tobsuchtsanfall im vorigen Jahre mußten ihn fünf Mann halten, damit er nicht zu Schaden kam. Die Leute sind im Kriege krank gemacht worden und werden nun, wenn sie in ihrer Erregung Fehler begehen, auch noch auf lange Zeit in den Kerker geworfen. Dasselbe trifft zu auf den Angeklagten Krella, der ebenfalls im Kriege einen Kopfschuß erhalten hat und deshalb sehr leicht erregbar ist.

Nicht nur die Angeklagten, die gesamte Arbeiterschaft in Zeitz und Umgegend war in jenen Tagen sehr erregt. Die Schuldigen sitzen wo anders. Man hatte der Zeitzer Arbeiterschaft damals einige hundert Schupo auf den Hals gehetzt, deren erste Tat war, die Streikleitung und den behördlich anerkannten Arbeiter-Feldschutz zu verhaften. Diese bewußte Provokation (ein Schupoführer muß die Folgen einer solchen Handlungsweise voraussehen) brachte die Sache zur Explosion. Die Schupo schoß dann in die Menge der Arbeiter, und eine Anzahl Tote und Verletzte lagen auf dem Straßenpflaster. Die Erregung stieg dadurch immer mehr. Das ist begreiflich und verständlich. Verständlich ist aber auch, daß die Arbeiter der umliegenden Ortschaften, als sie von den Vorgängen in Zeitz hörten, sich zusammentaten, um nach Zeitz zu ziehen zur Unterstützung der dortigen Arbeiterschaft. Das ist der Solidaritätsgedanke, der fest in der Arbeiterschaft wurzelt und den auch die Naumburger Richter nicht ausrotten können.

Der Grund zu den Streikvorgängen ist wohl allen zur Genüge bekannt mit Ausnahme jener Leute, die den Hunger nur vom Hörensagen kennen. Die Naumburger Richter werden freilich noch nicht gehungert haben; anscheinend auch nicht die beiden als Zeugen vernommenen Landjäger Witt und Paul, die beide in der Verhandlung erklärten, von Not hätte keine Rede sein können. Paul sagte sogar, in seinem Bezirk hätten die Bergleute keine Not gelitten, diese hätten alle ein Haus und mindestens zwei Schweine im Stall. Eine Umfrage bei den Angeklagten ergab, daß weder das eine noch das andere zutraf. Was die Landjäger bloß zu solchen Aeußerungen veranlaßt haben mag? Es scheint, daß sie für solche Posten gänzlich ungeeignet sind, denn ein Landjäger muß mindestens objektiv denken und handeln können. Es steht doch zweifelsfrei fest, daß damals die Arbeiter infolge der rasenden Geldentwertung so wenig an Lohn erhielten, daß sie mit trocken Brot und mit trockenen Kartoffeln zur Arbeit gehen mußten. Vielfach reichte das Geld kaum aus, um die Wochenfahrkarte lösen zu können. Das mußten die Richter und auch die Landjäger wissen. Und wenn die Arbeiter über solche Zustände erregt werden, so mußte das bei den folgenden Straftaten berücksichtigt werden. Das ist aber nicht geschehen. Die Angeklagten haben eben den „Landfrieden“ gebrochen und sind nach Paragraph soundso des Strafgesetzbuches zu bestrafen. Damit ist die Geschichte für die Richter erledigt. Verschiedene Zeugen, darunter auch der bekannte Landwirt Vogel in Hainichen, bekundeten übereinstimmend, daß die wirtschaftliche Lage damals sehr schlecht war. Im Zeitzer Gebiet stand es besonders schlimm. Zu Vogel kamen täglich etwa 20 bis 30 Leute und bettelten um Brot.

Weil aber die Angeklagten, die mit anderen Arbeitern nach Zeitz ziehen wollten, um an der Befreiung der verhafteten Streikleitung mitzuhelfen, sich deshalb zusammenrotteten und bei den Agrariern nach Waffen suchten, deshalb wurden sie zu den hohen Strafen verurteilt. Interessant ist, wie sich im Kopfe des Staatsanwalts die Dinge ausmalten. In seinem Plädoyer bemerkte er ganz richtig, daß der größte Teil der Angeklagten sich seiner Straftat gar nicht bewußt gewesen sei. Aber — durch die Vorgänge im Zeitzer Bezirk konnte ein „großer Brand in unserem deutschen Vaterlande“ ausbrechen! Und darum wurden erhebliche und ausgewählte Schupomannschaften, ausgerüstet mit den modernsten Waffen, vom sozialdemokratischen Regierungspräsidenten Bergemann nach Zeitz geschickt, um dort die Sache zu schmeißen. Mildernde Umstände kamen für den Staatsanwalt nicht in Frage; auch Freispruch gibt es bei ihm nicht. Die Verteidiger setzten sich warm für die Angeklagten ein. Dr. Pfeifer betonte ausdrücklich, daß die Handlungen aus der Not geboren waren. Dr. Löwenthal setzte sich scharf mit dem Staatsanwalt auseinander. „Wenn der Körper nichts zu essen hat, wird der Geist unruhig!“ Das „Mißverständnis“ des Schupomajors, der die Streikleitung verhaften ließ, sei der Anlaß zu den Handlungen gewesen. Ausdrücklich konstatierte der Verteidiger, daß die Angeklagten bei ihrem Vorgehen gegen Landwirte usw. sich sehr anständig benommen hätten. Es mutet deshalb seltsam an, wie in Zeitungsberichten („Naumburger Tageblatt“ und „Zeitzer Volksbote“) die Angeklagten der Robustheit und Brutalität bezichtigt werden können. Natürlich hatten die Angeklagten keine Samthandschuhe angezogen. Bei solchen Gelegenheiten dürfen auch barsch klingende Worte nicht auf die Goldwage gelegt werden. Wie ist denn 1920 beim Kapp-Putsch mit den Arbeitern umgesprungen worden? Wehe Dir, Arbeiter, wenn die Reaktion den letzten entscheidenden Waffengang wagt! Glaubst Du, daß man Dich dann mit Glacéhandschuhen anfassen wird? Die faszistischen Rüstungen mögen eine deutliche Warnung für Dich sein und eine Mahnung, Dich rechtzeitig zu rüsten für die kommende Auseinandersetzung, die unausbleiblich ist. Deshalb wirft die Reaktion jetzt schon Hunderte und Tausende von proletarischen Kämpfern in den Kerker, um sie kampfunfähig zu machen. Aber das Proletariat wird einst die Kerker öffnen und die Ketten sprengen, die ihr von der Reaktion angelegt worden sind. Dann wehe den Bedrückern, dann wehe der Weißen Justiz! Die Vergeltung wird furchtbar sein!

Die Mansfelder Brotmarkenfälschung vor der Eisleber Strafkammer

Unseren Lesern ist aus den Jahren 1922 und 1923 die Brotmarkenfälschung im Mansfelder See- und Gebirgskreis bekannt. Letzten Freitag und Sonnabend hatten sich deshalb die Bäckermeister (18 an der Zahl) aus Hettstedt, Burgörner, Klostermansfeld, Großörner, Ober-Wiederstedt und Mansfeld (Stadt) zu verantworten. Die Verteidigung hatten übernommen die Rechtsanwälte Dr. Fackenheim, John, Liemann, Schiller, Bock aus Halle und Straßer (Eisleben). Außerdem waren zugegen die Sachverständigen Kreisobersekretär Eßigke (Mansfeld) und Gerichtschemiker Dr. Schatz (Halle). Den Gerichtshof bildeten Landgerichtsrat Dr. Siebert (Halle) als Vorsitzender, Amtsgerichtsrat Geh. Justizrat Höland sowie die Amtsgerichtsräte Bode, Neubert und Rückert als Beisitzer. Die Anklagebehörde wurde vertreten durch den Ersten Staatsanwalt Dr. Maurer (Halle). Gerichtsschreiber war Justizobersekretär Messerschmidt (Eisleben).

Die Anklage teilte sich in zwei strafbare Handlungen. Der erste Teil umfaßte den Vertrieb gefälschter Brotmarken. Ein unbekannter Mann aus Leipzig soll der Lieferant der falschen Marken gewesen sein. Dieser unbekannte Mann hat durch den Bäckermeister Grumbach 5100 falsche Brotmarken in Vertrieb gebracht. Etwa 14 angeklagte Bäckermeister hatten von Grumbach falsche Marken bezogen und eingeklebt. Die Kommunalverwaltung wurde dadurch um etwa 150 Zentner Mehl geschädigt. Sämtliche Angeklagten führten an, durch die damalige Zwangswirtschaft in Not geraten zu sein; um ihre Geschäfte erhalten zu können, haben sie die Straftat begangen. Grumbach hatte aber noch einen Grund zum Vorwand. Er meinte, sein Schulze, ein Linksradikaler, habe ihn als Bäckermeister zu sehr gedrückt! Wie das Urteil zeigt, hat dieser Grund anscheinend auf den Gerichtshof gewirkt.

Der zweite Teil der Anklage umfaßte die eigene Herstellung der Marken. Zwei Bäckermeister kauften in Leipzig eine Druckmaschine und holten sich dann zwei Schriftsetzer aus Halle. Der eine Schriftsetzer lieferte den Satz, der andere mußte das Papier besorgen und die Druckmaschine bedienen. Deshalb fiel ihnen auch Beihilfe zur Last.

Nach zweitägiger Verhandlung erklärte der Vorsitzende vor Verkündigung des Urteils, die Angeklagten hätten gewußt, daß es sich um falsche Marken gehandelt hat. Durch diese falsche Marken sind die Kreiseingesessenen sowie die Allgemeinheit sehr geschädigt worden. Da die Brotmarken öffentliche Urkunden darstellen, liege schwere Urkundenfälschung vor. Grumbach gilt als Seele des Unternehmens, Grumbach war von vornherein geständig, während die anderen Angeklagten erst nach und nach eingestanden haben.

Das Urteil lautet: Grumbach 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe (9 Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet), Knopf 10 Monate Gefängnis und 250 Mk. Geldstrafe (3 Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet), Eilert, Rückriem, Samtleben, Hoffmann, Müller je vier Monate Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe, Hechler 4 Monate Gefängnis und 50 Mk. Geldstrafe, Wende 6 Monate Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe, Ahrendt 4 Monate Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe, Wäsche 1 Jahr 8 Monate Gefängnis und 400 Mk. Geldstrafe (8 Monate Untersuchungshaft angerechnet), Kleine 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 300 Mk. Geldstrafe (8 Monate Untersuchungshaft angerechnet), Koller 1 Jahr Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe (6 Monate Untersuchungshaft angerechnet), Wehle 9 Monate Gefängnis (6 Monate Untersuchungshaft angerechnet), Däumig 5 Monate Gefängnis (verbüßt durch Untersuchungshaft), Müller 6 Wochen Gefängnis und 20 Mk. Geldstrafe (Strafaussetzung beschlossen), Herzog und Zeunert wurden freigesprochen. Die Haftbefehle gegen Grumbach, Knopf, Wahle, Koller, Kleine und Däumig wurden aufgehoben. Wäsche blieb in Haft.

Die schwarzen Listen im Leunawerk

Ein Arbeiter schreibt uns:

Es gibt noch Arbeiter, die nicht recht glauben wollen, daß sich die Unternehmer sogen. schwarzer Listen bedienen, um ihre Betriebe möglichst rein zu halten von Arbeitern, die ihre Interessen und die ihrer Mitarbeiter jederzeit vertreten. Ich glaube aber, den Beweis durch nachfolgende Schilderung zu bringen, daß die schwarzen Listen in Leuna jedenfalls vorhanden sind.

Ich wurde im Februar 1923 von den Leunawerken wegen unentschuldigten Fernbleibens entlassen. In Wirklichkeit aber mußte ich mich wegen eines großen Magengeschwürs einer sofortigen Operation im Diakonissenhaus Halle unterziehen. Infolge der schweren Operation schwebte ich einige Wochen zwischen Tod und Leben und konnte aus diesem Grunde nichts gegen die rechtswidrige Entlassung unternehmen. Erst nachdem sich mein Zustand etwas gebessert hatte, übergab ich diese Angelegenheit dem hochwohllöblichen Betriebsrat des Ammoniakwerkes, der schnell bereit war, mir mitzuteilen, daß er gegen meine Entlassung nichts unternehmen könne, da ich die Einspruchsfrist von drei Tagen versäumt habe. — Ich bin seitdem arbeitslos. — Vor einigen Tagen wurden nun Arbeiter aus meinem Beruf für Leuna gesucht. Obwohl ich lieber verrecke, als die Leunahölle wieder zu betreten, bewarb ich mich doch um einen Posten, um zu sehen, ob ich eingestellt werde. Wie ich erwartet hatte, traf ein Schreiben ein, worin mir vom Ammoniakwerk mitgeteilt wurde, daß man mich leider nicht wieder einstellen könne. Noch heute sucht das Arbeitsamt Leute aus meinem Fache für Leuna. Obwohl ich meine Arbeit immer mit größter Gewissenhaftigkeit und zur Zufriedenheit der Meister ausgeführt habe, ja, als Spezialist öfters sogar in andere Betriebe geschickt wurde, um dort notwendige Reparaturen selbständig vorzunehmen, kann man mich heute nicht mehr gebrauchen. Ich habe scheinbar mit gutem Erfolg für den Kommunismus agitiert. Herr Betriebsleiter Emmerich hatte also recht, als er mich einmal warnte und sagte: „Wenn Sie so weiter machen, werden Sie noch einmal wegen Ihrer Gesinnung entlassen!“

Kollegen, Ihr seht also, daß es schwarze Listen gibt. Sorgt dafür, daß diese schwarzen Listen verschwinden. Schließt Euch zusammen und nehmt den Kampf auf gegen die kapitalistischen Ausbeuter. Dann kommt auch die Zeit, wo die Anilingewaltigen für ihre Giftmischerbuden uns Proletarier mit der Laterne suchen müssen.

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Theaterverein. Als nächste Veranstaltung wird das Märchenspiel in vier Bildern „Hänsel und Gretel“, Musik von E. Humperdinck, verbindender Text von A. Wett und Sophie Henigs, geboten werden. Am Sonntag, dem 23. März, nachmittags, sollen Aufführungen für Kinder, die in Begleitung ihrer Eltern kommen, und am Montag, dem 24. März, abends, eine Darbietung für Erwachsene stattfinden. Die mitwirkenden Künstler sind diesmal nicht aus Halle, sondern von den Leipziger Theatern. Die Musik stellen Mitglieder des Gewandhaus-Orchesters Leipzig. Näheres wird noch bekanntgegeben werden.

Mücheln. Ein voller Erfolg war die erste öffentliche Versammlung der KPD. nach Aufhebung des Verbotes. Genosse Grabow sprach vor über 250 Personen über die politische Lage. In der Diskussion sprach zuerst ein Genosse der KAPD. Seiner langen Rede kurzer Sinn war eine Aufforderung an das Proletariat, die Kämpfe, die es heute zur Erhaltung des Achtstundentages und zur Abwehr der Angriffe der Unternehmer führt, als zwecklos einzustellen und auf den großen Augenblick, der noch kommen soll, zu warten. Einen Ausweg aus dem heutigen Elend zu zeigen, war ihm nicht möglich. Er wurde von einem Genossen der KPD. sofort eines anderen belehrt. Die übrigen Diskussionsredner waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Trotzdem, daß Funktionäre der VSPD. anwesend waren, wagte es niemand von ihnen, sich zu Worte zu melden. In seinem Schlußwort fertigte Genosse Grabow den Genossen der KAPD. ab und forderte die Anwesenden auf, sich um die Fahne der KPD. zu scharen.

Lauchstedt. „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen“! Weiter hörte man fast nichts am letzten Pfalztag, als dieses Gegröle des Stahlhelms. Sämtliche teutschen Vereine waren mit wehenden Fahnen aufmarschiert. Auf dem Markt eine große Rede: Krieg, Krieg und immer wieder Krieg! Als das manche Faszisten hörten, die noch nie einen Stahlhelm vor dem Feind getragen hatten, sollen sie doch zusammengeklappt sein. Die Arbeiterschaft hat bei dieser Gelegenheit ihre Gegner erkannt und wird bei den kommenden Wahlen diesen Herrschaften die richtige Antwort geben.

Naumburg

Achtung, Leuna-Arbeiter, Chemiearbeiter!

Heute, Dienstag, den 18. März, abends 8 Uhr, findet in Naumburg eine öffentliche

Chemiearbeiter-Versammlung

statt, mit dem Thema:

„Der Raub des Achtstundentages und das Blutbad an den Chemiearbeitern in Ludwigshafen-Oppau“

Referent aus der Chemieindustrie zur Stelle. Arbeiter, Kollegen, erscheint in Massen!

Ortsausschuß des ADGB., Naumburg.

Donnerstag abend 8 Uhr im „Schützenhaus“

große öffentliche Wählerversammlung.

Thema: Der Kampf der Kommunisten.

Die gesamte Arbeiterschaft wird hierzu eingeladen.

Lützen. Aus der Genossenschaftsbewegung. In einer am Donnerstag, dem 13. März, von annähernd 200 Personen besuchten öffentlichen Konsumentenversammlung hielt Gen. Schöbel (Halle) einen vorzüglichen Vortrag über das Thema: „Die Bedeutung der Konsumvereine im Wirtschaftsleben“. In seinen 1½stündigen Ausführungen verstand er es ausgezeichnet, die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiterklasse den recht zahlreich erschienenen Arbeiterfrauen vor Augen zu führen. In der Debatte wurden die sachlichen Ausführungen des Gen. Schöbel von den Genossen Th. Albrecht und Winkler kräftig unterstützt und die Anwesenden aufgefordert, auch in Zukunft für die Genossenschaftsbewegung einzutreten. Daß die hiesigen Geschäftsleute kein Interesse für die arbeitende Bevölkerung übrig haben, beweisen diese Herrschaften zur Genüge. Bei den sich jetzt auch in unserem Städtchen breitmachenden gegnerischen Organisationen (Stahlhelm, Wehrwolf, Jungdo), die ihre Aufgabe darin erblicken, die gesamte Arbeiterschaft zu bekämpfen, sind es eine ganze Anzahl Geschäftsleute, die in diesen Vereinchen eine große Rolle spielen. Und diese Geschäftsleute sind es vor allen Dingen, die auf Arbeiterkundschaft rechnen müssen, weil ja die „bessere Gesellschaft“ zum größten Teil ihre Waren aus der Großstadt bezieht. Genossen und Genossinnen, decken wir unseren Bedarf an Waren restlos im Konsumverein. Agitiere und arbeite ein jeder für unseren Konsumverein, damit auch unsere Genossenschaft einen Machtfaktor im Wirtschaftsleben bildet.

Schkeuditz. Bauarbeiterversammlung. Am Freitag fand eine öffentliche Bauarbeiterversammlung statt. Das Referat hielt der Kollege G. Schmidt (Halle). In kurzen Umrissen zeichnete er ein Bild von den gegenwärtigen Verhältnissen im Baugewerbe. Der Angriff der Unternehmer sei zu betrachten als ein Teil des Gesamtangriffes auf die Arbeitnehmer. Gelinge es ihnen, im Baugewerbe den Achtstundentag zu beseitigen, wäre dies eine Niederlage für die Gesamtarbeiterschaft. Darum heißt es: alle Kräfte anspannen zur Abwehr, Sammeln zum späteren Angriff. Diese Basis kann geschaffen werden durch Bildung eines Arbeitsausschusses für das gesamte Baugewerbe. Die Diskussion war sehr lebhaft. Mit Ausnahme eines einzigen sprachen sich alle Redner für die Bildung des Ausschusses aus. Scharfe Kritik wurde an denjenigen geübt, die ohne Benutzung des Arbeitsnachweises den Meistern die Türen einliefen; das bedeutet, daß alte und mißliebige Kollegen nie in Arbeit kommen. Hier müsse Wandel geschaffen werden unter allen Umständen. Einen politischen Einschlag erhielt die Debatte dadurch, daß ein Kollege die Behauptung aufstellte, die Kommunisten wären schuld am Ermächtigungsgesetz. Der Referent ging im Schlußwort auf die angeschnittenen Fragen ein, zerstreute die Bedenken und forderte zur gemeinsamen Arbeit auf. Die Bildung des Arbeitsausschusses wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Eine Stadtverordnetensitzung findet am Mittwoch, dem 19. März, abends 6 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Haushaltpläne. Gleisanschluß des Schlachthofes. Kommunale Totenbestattung. Bau eines Krematoriums und einer Leichenhalle. Ausbau von Straßen. Festsetzung der Pachtpreise durch Kleingartenbeirat und Grundstücksdeputation. Pachtpreise für Großländereien. Verpachtung der Plätze zur Aufstellung von Trinkhallen. Ernennung der Beisitzer zu den Wahlvorständen. Ersatzwahl eines Steuerausschußmitgliedes. Ersatzwahl von Bezirksvorstehern und Stellvertretern für den Bezirk 7 und 21. Wahl von vier Mitgliedern zum Steuerausschuß.

Weißenfels. Der Zentralverband der Angestellten hielt am Mittwoch seine Mitgliederversammlung ab. Ueber die dritte Steuernotverordnung und ihre Wirkung sprach der Geschäftsführer des Konsum-Vereins, Wieglepp. Den ganzen Paragraphenkomplex erschöpfend zu behandeln, würde zu weit führen. Der Referent ging besonders auf die, die kaufmännischen Angestellten interessierenden Bestimmungen ein und gab praktische Winke und Erläuterungen. Mit größtem Interesse wurden die Ausführungen entgegengenommen. Für den Gautag in Blankenburg wurde der Vorsitzende, Lagerhalter Gustav Keidel, gewählt. Als Kandidat für den Verbandstag 1924 wurde ebenfalls der Kollege G. Keidel aufgestellt. Es soll ein Antrag an den Verbandstag eingereicht werden, daß der Verbandsbeirat in Zukunft auf den Gautagen gewählt werden soll. Die Tarifkommission berichtete über die Februargehälter. Für März soll gleichzeitig der Manteltarif beraten werden. Eine Aufbesserung der Gehälter wird erwartet. Des weiteren berichtete der Vorsitzende von einer Konferenz sämtlicher freigewerkschaftlicher Vorstände, wo über den Bau eines gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Heimes beraten wurde. Die Versammlung stimmte der Beteiligung an diesem Projekt zu.

Weißenfels. An alle Arbeitereltern, deren Kinder den Angestelltenberuf ergreifen. Die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterliegt nicht mehr dem Willen und der Macht des einzelnen; von Organisation zu Organisation werden Tarifverträge, Lohn- und Gehaltsabkommen geschlossen. Diese Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen macht vor keiner Altersklasse, keiner Berufsgruppe halt. Auch für den Lehrling, den ungelernten jugendlichen Arbeiter, wie für Lehrmädchen usw. werden die Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse schon zum erheblichen Teil tariflich geregelt. Je mehr auch diese Kreise sich der Organisation anschließen resp. sie von ihren Eltern den Verbänden zugeführt werden, in um so größerem Maße wird es möglich sein, der Ausbeutung von Lehrlingen und ungelernten Jugendlichen einen Riegel vorzuschieben. Die Arbeitereltern haben also ein ganz unmittelbares Interesse an einer guten gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Jugend. Im Zentralverband der Angestellten sind die Jugendlichen mit gleichgesinnten Jugendfreunden in Jugendgruppen zusammengefaßt zu ernster Arbeit und frohem Tun. Die Berufsbildung wird gefördert durch Veranstaltung von Lehrkursen. Die Jugendblätter, unentgeltlich geliefert, stehen dem Jugendlichen mit Rat und Tat treu zur Seite. Auch der Frohsinn soll zu seinem Rechte kommen, aber nicht auf dem Tanzboden, in Kinos und dumpfen Wirtsstuben, sondern draußen in der freien Natur bei Sport und frohem Spiel. Um die Jugend werben viele. Arbeitereltern! Laßt Euch nicht durch falsche Darstellungen über uns irremachen. Der Zentralverband der Angestellten ist parteipolitisch und religiös neutral. Unsere Jugendarbeit leisten wir der Jugend wegen. Wir wollen sie zu tüchtigen Berufskollegen, zu freien Menschen erziehen. Wir wollen nicht den Geist der Revanche wecken, sondern wir wollen dahin kommen, als tüchtige Menschen in den friedlichen Wettbewerb der Völker einzutreten. Darum schickt Eure Kinder in die Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten, Geschäftsstelle Weißenfels, Klosterstraße 7.

Weißenfels. An der Märzfeier, die am Mittwoch, dem 19. März, stattfindet, beteiligen sich alle kommunistischen Frauen.

Almrich. Ein VSPD.-Abgeordneter als Denunziant. Während der Illegalität unserer Partei hatte sich der Arbeiter Adolf Schuster aus Almrich wegen Bedrohung usw. vor dem Kadi zu verantworten. Veranlasser der Anzeige war der Kreistagsabgeordnete und Gemeindevertreter Karl Rauchbach, Almrich. Belastungszeuge der Schachtarbeiter Ernst Wenzel, Almrich. Gen. Schuster hatte sich mit Rauchbauch — beide waren zurzeit arbeitslos — beim Kartoffelstoppeln über Politik unterhalten und den Rauchbach auf das eigenartige Verhalten der VSPD.-Führer hingewiesen. Hierbei sollte der Genosse Schuster sich geäußert haben, daß er beim nächsten rrrrevolutionären Putsch einigen Almricher Bauschiebern die „Hälse abschneiden“ und — erschrecke nicht, lieber Leser — wie gebadete Mäuse nebeneinander auf den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240318-11/fragment/page=0006
DFG

Straßendamm hinlegen werde. Die Verhandlung hatte ein negatives Ergebnis. Der Vorsitzende erklärte vor aller Oeffentlichkeit: der Zeuge Hauschbach scheidet, trotzdem er unter Eid steht, wegen völliger Unglaubwürdigkeit aus. Der Kreistagsabgeordnete Rauchbach ist wegen seines Verhaltens aus der Zahlstelle Naumburg des Deutschen Bauarbeiterverbandes einstimmig ausgeschlossen. In der VSPD. aber betleidet der „Abgeordnete" nach wie vor seine Parteiämter trotz der Aufforderung seitens des Gewerkschaftskartells, diesen Schädling der Arbeiterschaft aus ihren Reihen auszustoßen. Genosse Schuster, der sich selbst verteidigte, wurde **freigesprochen** und die Kosten der Staatskasse auferlegt.

Zeitz. Stadtverordnetensitzung. Am Mittwoch, dem 19. März 1924, nachmittags 5 Uhr findet im Stadtverordnetensitzungssaale eine Stadtverordnetensitzung mit folgender Tagesordnung statt. 1. Endgültige Anstellung eines Polizeibeamten. 2. Festsetzung des Ruhegehalts für zwei Beamte. 3. Ausfallgelder für städtische Kassenbeamte. 4. Umzugskosten für einen Studienrat an der Oberrealschule. 5. Ortssatzung über die Unfallfürsorge für Weber Gründung eines Provinzial-Hafpflichtversicherungsverbandes. 7. Nachtrag zu dem Regulativ, betreffend die Erhebung eines Kommunalzuschlags zur Braumalzsteuer und einer Gemeindesteuer von Bier in der Stadt Zeitz. 8. Befreiung der Gemeinden Hainichen und Rasberg von Entrichtung des Markstandsgeldes. 9. Einrichtung des großen Schöffengerichts in Weißenfels. 10. Anschaffung neuer Fenstervorhänge für die Aula der 2. Stadtschule. 11. Kassenprüfungsverhandlungen vom Oktober, November 1923 und Februar 1924. 12. Erweiterung des städtischen Elektrizitätswerks. 13. Entlastung a) der Kämmereikassenrechnung, b) der Kasse des Wohlfahrtswesens, c) der Hospitalkassenrechnung.

Mansfeld-Sangerhausen

Mslehen. Oeffentliche Versammlung. Genosse Rößling (Halle) referierte am Sonntag über die wirtschaftliche und politische Lage. Er betonte insbesondere, daß die Frage des Achtstundentages die Kernfrage des Proletariats sei. Mit allen Mitteln müßte die Arbeiterschaft versuchen, den Achtstundentag zu erhalten. Die Versammlung war gut besucht. Die Versammelten gelobten, den Kampf für den Achtstundentag aufzunehmen und energisch durchzuführen.

Sangerhausen. Skandalöse Zustände entwickeln sich in dem Verelendungsprozesse der noch in Arbeit stehenden Kollegen als auch der Arbeitslosen. Ein trauriges Kapitel solcher Zustände, wie sie unter Arbeitern und Notleidenden unter keinen Umständen einreißen sollten, liefern die Bewohner des ohnehin schon satisam bekannten Schützenplatzes. Lakonisch berichtet die „Sangerhäuser Zeitung" in Nr. 57, daß sich die Bewohner des Schützenplatzes nach längeren Zwischigkeiten einmal buchstäblich in die Haare geraten seien, ohne sich näher über die Zustände selbst einmal zu orientieren und dem Uebel einmal auf den Grund zu gehen. So wollen wir den Maßstab der Kritik an den Verhältnissen sowohl als auch an den Bewohnern anlegen, um zu zeigen, wo die wahren Ursachen solcher Zustände zu suchen sind. Um die Wohnungsnot zu lindern, wurden die Lazarettbaracken, stehen an der Zahl, vom Magistrat erworben und in je einer Baracke vier Notwohnungen eingerichtet. Daß diese Notwohnungen jenen überwiesen wurden, die die meisten Kinder und zum Teil auch die meisten Wohnungen hatten, sei nur nebenbei bemerkt. Fest steht, daß diese 28 Wohnungen von 34 Familien bewohnt werden, die insgesamt eine Kopfstärke von 177 aufweisen. Es kommen auf den Kopf ungefähr 6½ Quadratmeter Wohnfläche. Was dies bedeutet, davon kann man sich ein Bild machen 25 Arbeitslose sind mit in diesem Wohnbezirk untergebracht. Vater und erwachsene Söhne sitzen Wochen und Monate schon zu Hause, ohne Aussicht, jemals wieder in den Produktionsprozeß eingereiht zu werden. Entziehung der Arbeitslosenunterstützung, drangsaliert und bekämpft von allen Seiten, soll da der Stärste nicht zermürbt werden? Ensteht nicht dadurch Haß, Neid, Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen? Argwöhnisch wird da unter den Bewohnern alles das beobachtet, was der andere sich noch leistet. Und so kommt es zum Kampf unter den ärmsten der Armen, zum Gespött und Gaudium des satten und feisten Spießbürgers. Bange wird es dem Spießbürger erst werden, wenn unter der gesamten arbeitenden Klasse die geschlossene Phalanx gebildet wird und der einmütige Wille besteht, aufzuräumen mit dem fluchwürdigen kapitalistischen Wirtschaftssystem, das alle Schuld an diesem Zustande trägt, und wenn an dessen Stelle die kommunistische Wirtschaftsform tritt. Deshalb rufen wir den Bewohnern des Schützenplatzes zu: Unterlaßt alles, was zum Kampf untereinander führt, seid einig in dem Bestreben, eine bessere Zukunft zu erkämpfen.

Bitterfeld-Delitzsch

Roitzsch. Hakenkreuz oder Sowjetstern? Der letzte Stahlhelmabend war, trotzdem die Faszisten von nah und fern herbeigeeilt waren, doch nur mäßig besucht. Um die Veranstaltung vor „kommunistischen Ueberraschungen" zu schützen, war fast die gesamte Gendarmerie des Kreises aufgeboten worden, die als bezahlte Diener der Republik den geschwollenen Reden der Faszisten zujubelten. Die Leutchen vom Stahlhelm sind köstlich; im Innern wollen sie gegen den „Feind" kämpfen, wenn es aber gegen die Franzosen geht, die aus dem Ruhrgebiet herausgehauen werden müßten, dann brauchen sie dazu auch den „inneren Feind". Die Arbeiter werden ihnen etwas husten. Es ist ein erzieulches Zeichen für unsern Ort, daß sich sehr wenig Arbeiter an diesem Rummel beteiligten, dafür war aber fast die gesamte Geschäftswelt, die man bei Veranstaltungen der Arbeiter nie sieht, vertreten. Ein Fuhrmann unseres Ortes bekam es fertig, einigen Arbeitslosen, die auch einmal einen „Deutschen Abend" sehen wollten, zuzurufen: „Ich schmeiß euch Rote Spartakistenbande zur Galerie herunter." Zuletzt wurden noch von einem der Redner die kommenden Wahlen besprochen und den Besuchern empfohlen, keiner marxistisch-sozialistisch-jüdisch angehauchten Partei ihre Stimme zu geben. Es könne in Zukunft nur eins herrschen, entweder Hakenkreuz oder Sowjetstern. Arbeiter, Ihr werdet bei der kommenden Wahl zu entscheiden haben, ob Ihr ein Opfer des zweiten Weltkrieges werden wollt, oder ob Ihr unter dem Sieg des Sowjetsterns gegen das Kapital kämpfen wollt.

Bitterfeld. Der Arbeitsmarkt im Kreis Bitterfeld. (Aus dem Wochenbericht des öffentlichen Arbeitsnachweises für den Kreis Bitterfeld.) Die Lage des Arbeitsmarktes ist im Verhältnis zur Vorwoche unverändert. Die geringe Verminderung der Erwerbslosenzahlen hält an. Die Gesamtzahl der vorhandenen Erwerbslosen ging zurück auf 2985 männliche und 555 weibliche Erwerbslose, so daß insgesamt 3540 Erwerbslose vorhanden waren, ein Rückgang gegenüber der Vorwoche von 281. Erwerbslosenunterstützung wurde in der Berichtswoche an 2324 männliche Hauptunterstützungsempfänger (Rückgang 151 gegenüber der Vorwoche) und 474 weibliche Hauptunterstützungsempfänger (Rückgang 59 gegenüber der Vorwoche) gezahlt, insgesamt also an: 2798 Erwerbslose, das ist ein Rückgang von 211. Die Zahl der unterstützungsberechtigten Angehörigen hat sich von 2814 auf 2683 vermindert. Die Unterstützungssätze sind die gleichen wie in der Vorwoche. Die Schuhmacherwerkstatt arbeitet mit sehr gutem Erfolg. Die Arbeiten in der Tischlerwerkstatt werden ebenfalls zur vollen Zufriedenheit erledigt.

Bitterfeld. Eine große öffentliche Volksversammlung findet heute, Dienstag, abend 8 Uhr, im „Bürgergarten" statt. Die hohen Wogen der politischen Bewegung machen einen Massenbesuch notwendig. Auswärtiger Redner anwesend. Der Gesangverein „Vorwärts" wird einige revolutionäre Lieder vortragen. Dem Tage entsprechende Gedichte füllen die Pausen aus.

Zschornewitz. Internationale Arbeiterhilfe. Die Eröffnungsfeier am 9. März im Kolonialgasthof nahm einen recht erhebenden Verlauf. Der Frauenchor hatte sich bereitwilligst in den Dienst der guten Sache gestellt. Musikalische und andere Vorträge trugen zur Verschönerung bei. Landtagsabgeordneter Genosse Kilian hielt eine Ansprache, in der er die IAH. und deren Zweck schilderte. Die IAH. versucht durch ihre Tätigkeit das allergrößte Elend zu lindern. In England, Amerika, Schweiz und anderen Ländern werden dazu die Mittel aufgebracht. Zum Schluß folgte die Verteilung von Lebensmitteln an 45 Familien und 10 Ledige. Diese erhielten je ein Brot, ein Pfund Fett, ein Pfund Zucker, Nudeln, Büchsenmilch, Speck und Büchsenfleisch.

Eilenburg. Esperanto. Zur Erlernung der Welthilfssprache, die jeder, auch der weniger geschulte Arbeiter innerhalb einiger Monate beherrschen kann, veranstalte der Arbeiter-Esperantobund Eilenburg am Donnerstag, dem 20. März, abends ½8 Uhr, in der Bergschule, Klasse 4, einen neuen Kursus, an dem alle Partei-, Jugend- und Klassengenossen und genossinnen kostenlos teilnehmen können. Sie brauchen sich nur die Lehrmittel zu beschaffen.

Der „Kommunistische Gewerkschafter"

Vor einigen Tagen ist die Nummer 1/2 des „Kommunistischen Gewerkschafter" erschienen. Es ist die erste Nummer unseres Kampforgans für die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften, die seit dem Verbot der Kommunistischen Partei erschien. Die Nummer, aus technischen Gründen mit einer Verspätung herausgekommen, ist zum Teil noch auf die illegale Arbeit der Partei zugeschnitten. Die Artikel haben aber in der gegenwärtigen Lage von ihrer Aktualität nichts verloren. Die Nummer (16 Seiten Text) enthält folgende Beiträge und Dokumente: Die Resolution der Plenarsitzung des Exekutivkomitees der KJ. zur Arbeit der Partei in den Gewerkschaften, die jeder Gewerkschafter in diesem Monat stets in den Händen haben muß; einen Artikel „Unsere Taktik in der Vergangenheit und in der Zukunft", der einen nützlichen Rückblick und Ausblick über unsere Gewerkschaftstaktik gibt; drei Diskussionsartikel „Für die Einheit der Gewerkschaften", „Ist die Eroberung der Gewerkschaften möglich?", „Ist die Beitragssperre ein geeignetes Kampfmittel", die wichtige Fragen der Gewerkschaftstaktik erörtern. Der folgende Artikel beleuchtet die Frage der Wechselbeziehungen zwischen den Betriebsräten und den Gewerkschaften. In einem Artikel „Wie kämpft man um die Erhaltung des Achtstundentages?" wird an Hand der Richtlinien der Solinger Konferenz gezeigt, wie vorbildlich um die Erhaltung des Achtstundentages unter der Führung der Kommunisten in Rheinland-Westfalen gekämpft werden ist und überall gekämpft werden kann. Die Rubrik „Aus der internationalen Arbeiterbewegung" und eine Notiz „Ueber unsere Gewerkschaftsliteratur" ergänzen den Inhalt der Nummer. Unter dem Strich werden „Unsere lebenden Toten" — Rosa Luxemburg und Lenin — gewürdigt. Rosa Luxemburgs Verdienste für die Gewerkschaftsfrage in einem Artikel, während Lenins Stellung zu der Gewerkschaftsbewegung an Hand einer Rede aus dem Jahre 1919 anschaulich gezeigt wird. Eine ganze Reihe von Zitaten aus Lenins und Rosa Luxemburgs Schriften werden für unsere tätigen Gewerkschafter von Nutzen sein.

Wie man aus dieser Inhaltsangabe ersieht, trägt der „Kommunistische Gewerkschafter" gegenwärtig viel mehr als früher den Charakter eines theoretischen und taktischen Organs der Gewerkschaftsbewegung. Es wird allen in der Gewerkschaftsbewegung tätigen Parteigenossen empfohlen, für die Verbreitung des „Kommunistischen Gewerkschafters" mit allen Kräften zu wirken.

Wittenberg-Schweinitz

Pistritz. Mißstände in der Schule. In der Knabenschule machen sich Dinge bemerkbar, über die wir nicht schweigen können. Dort ist ein Leutnant d. R., Ritter des E. K. I., Herr Hendel, der sich zur heiligen Aufgabe gestellt hat, das Deutsche Reich vor den kommunistischen Kindergruppen zu retten. Es ist ja auch gerade nicht schön, daß diese „Lausebengels" die Kriegs- und Räbergeschichten dieses Erziehers nicht fressen wollen. Etwas Besseres gibt es doch gar nicht für Proletarierkinder, als diesen, sagen wir mal „vaterländischen Sadismus", um die Kinder für den nächsten Revanchekrieg zu begeistern. Wenn alles nichts hilft, muß halt der Rohrstock nachsehen. Und er wird geschwungen. Wir freuen uns außerordentlich, so'n kleinen „Bismarck" in Pistritz zu haben, der uns mit Stumpf und Stiel ausrotten will. Es ist höchste Zeit, mit solchen „Volkserziehern" aufzuräumen. In Bezug auf die über Lehrer Wöhns kursierenden Gerüchte verlangen wir vom Kreisschulrat, daß hier unbedingt eingeschritten wird, bevor sich die Oeffentlichkeit damit beschäftigen muß. In der Mädchenschule wird jetzt ganz moderner „Arbeitsunterricht" gegeben, in dem sich die „Seele" des Kindes voll entfalten kann. Auch in Pistritz führt die IAH. eine Hilfsaktion durch. In einer Frauenzusammenkunft wurde man sich darüber einig, daß die gesamte Arbeit von Arbeiterfrauen geleistet wird. Doch es kam anders, das Essen wird hergestellt von Fräulein Veit, Kochlehrerin; als Helferinnen müssen Mädchen der letzten drei Klassen fungieren. Der Wunsch der Arbeiterfrauen ist einfach ignoriert worden. Die Kinder werden vom Unterricht suspendiert und müssen, wie es schon vorgekommen ist, von 1 Uhr mittags bis ½7 Uhr abends Kartoffeln schälen und Gemüse putzen. Weil diese Arbeit vorige Woche schlecht gemacht worden ist, müssen dieselben Kinder zur Strafe die Arbeit diese Woche noch einmal machen; zum Teil sind die Kinder in der langen Zeit ohne jede Mahlzeit gewesen, sogar „tuberkulöse Kinder" müssen mit herhalten. Und das alles nennt man „modernen Arbeitsunterricht". Warum macht Herr Weigelt nicht die verlangte öffentliche Elternversammlung? Er hat wohl Angst, daß es seinen Freunden nicht gut ergeht, daß er sich nur an eine Elternbeiratssitzung wagt? Unsere Genossen und die vielen Mütter der Arbeiterkinder verlangen, daß dieser moderne Arbeitsunterricht aufhört.

Torgau-Liebenwerda

Pretzsch. Die Fahrt auf der Eisscholle. Einige junge Burschen wollten die Eisbrecher bei ihrer Arbeit beobachten und wagten sich dabei auf das Eis. Eine Scholle brach am Ufer ab und riß fünf Leute mit sich. Zwei konnten sich am Ufer noch halten, während zwei Männer und ein kleines Mädchen, das schon halb im Wasser gelegen hatte, mit der Scholle abtrieben. Nur dem sehr vorsichtigen Herannahen der beiden kleineren Eisbrecher ist es gelungen, die drei an Bord zu nehmen.

Dommitzsch. Die wirtschaftliche und politische Lage und die kommenden Wahlen. Mit diesem Thema war am Freitag die KPD. zum ersten Male nach dem Verbote der Partei wieder an die Oeffentlichkeit getreten. In sachlicher Form verstand es der Genosse Holzweißig, in seinen zweistündigen Ausführungen den Weg zu kennzeichnen, den die Arbeiterschaft in den kommenden Wochen zu beschreiten hat. Aus dem starken Beifall, den die sehr gut besuchte Versammlung den Ausführungen des Genossen Holzweißig zollte, war zu erkennen, daß die Worte des Referenten überzeugend auf die Versammlung gewirkt hatten. In der Aussprache versuchten zwar einige nationale Herren, das Referat zu verschleiern, aber der Genosse Holzweißig gab in seinem Schlußwort den Herrschaften die gebührende Antwort.

Aus der Jugendbewegung

An alle Ortsgruppen des Mansfelder Gebirgskreises!

Am Sonntag, dem 23. März, vormittags 9 Uhr, findet in Augsdorf bei Siersleben eine **Unterbezirkskonferenz des Mansfelder Gebirgskreises** statt. Die Delegiertenzahl ist unbeschränkt. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. 2. Unsere nächsten Aufgaben. 3. Wahlen. 4. Organisatorisches. 5. Verschiedenes.

Gewerkschaftsbewegung

VSPD. und Gewerkschaftsbureaukratie zum Riesenkampf der chemischen Arbeiter

Das Mannheimer VSPD.-Organ, die „Volksstimme", bemüht sich tagtäglich, durch Flaumacherei die Kampfkraft der Arbeiter zu schwächen und die Unternehmer in ihrem brutalen Niederwerfungswillen zu bestärken. In der Nummer vom 12. März schreibt die „Volksstimme" unter anderem:

„Ein kindischer Glaube ist es, anzunehmen, die Anilinherren wären über das Stärkeverhältnis der kämpfenden Arbeiter nicht im Bilde. Es hat darum keinen Zweck, Stärke vorzutäuschen, wo Schwäche besteht."

Gleichzeitig entrüstet sich das reformistische Blatt über die Vertreter des Industrieverbandes, weil die Anilinarbeiter als Antwort auf das Blutbad der letzten Woche die Notstandsarbeiten eingestellt haben. Die „Volksstimme" benutzt zu ihrer Moralpauke folgende Schwindel-WTB.-Meldung:

„Ferner erklärten die Vertreter des Chemieverbandes, daß sie sich jede Verhandlung mit der Direktion über die Ingangsetzung des Betriebes verbitten werden, und daß sie mit den schärfsten Mitteln gegen diejenigen vorgehen, die solche Verhandlungen anzubahnen suchen."

Wie stehen die Dinge in Wirklichkeit? Am Vormittag des 11. März erschienen auf dem Bureau der Streikleitung einige Abteilungschefs der Anilinfabrik. Sie wollten die Stellungnahme der Streikleitung zu den Notstandsarbeiten kennen lernen. Die Streikleitung erklärte ihnen, daß sie verhandeln werde, wenn die Gesamtdirektion sich darum bemühe. Mit einzelnen Personen könne man keine bindenden Abmachungen treffen. Außerdem werde die Frage der Notstandsarbeiten nur nach Aufnahme der Gesamtverhandlung, im Zusammenhang mit den Forderungen der Streikenden behandelt werden.

Und diese Tatsachen, die vom Standpunkt einer gewissenhaften Streikführung selbstverständlich sind, benutzt die VSPD.-Presse zu einer schändlichen Hetze gegen die streikenden Arbeiter. Für die Arbeiter, die heute noch politisch der Sozialdemokratie angehören, und sich innerhalb ihrer Gewerkschaften hinter die reformistische Bureaukratie stellen, wird dieser neue Beweis reformistischer Verrätertaktik eine ernste und dringende Mahnung sein, sich endgültig von diesen größten Feinden der Arbeiterklasse loszulösen.

Den Gewerkschaftsspaltern zum Nachdenken!

Das Bekenntnis der Arbeiterschaft zur Opposition auf dem Boden der Richtlinien der Weimarer Konferenz, also los von dem Reformismus, für den Klassenkampf, wird immer stärker und drückt sich auch in diesem Jahre bei den verschiedensten Wahlen der Gewerkschaftsinstitutionen aus. Der Ortsausschuß Schkeuditz, der sich bisher in den Händen der Reformisten befand, die ihre Mehrheit rücksichtslos gegen die revolutionäre Arbeiterschaft ausnützte, ist in diesem Jahre in die Hände der Opposition gelangt. 20 Mitglieder der KPD. gegenüber 12 VSPD.-Leuten befinden sich heute im Kartell. Der Kartellvorstand setzt sich aus 3 KPD.- und 2 VSPD.-Leuten zusammen. Die schon bisher bekannten Positionen der Gewerkschaftsopposition in Artern und Dommitzsch bleiben der Opposition erhalten. Der Ortsausschuß Artern setzt sich zusammen aus 7 KPD., 2 VSPD. und 2 Parteilosen. Der Ortsausschuß Dommitzsch aus 6 KPD. und einem Parteilosen. Die VSPD. hat in Dommitzsch im Gewerkschaftsleben vollkommen bankrott gemacht. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes Elsterwerda setzte sich im vorigen Jahre aus 3 KPD.- und 4 VSPD.-Leuten zusammen, in diesem Jahre konnten die KPD.-Genossen zur Grund der immer mehr um sich greifenden Erkenntnis mit 6 Mitgliedern einziehen, während die VSPD. nur mit 2 Mitgliedern vertreten ist. Die Opposition marschiert. Sie ruft alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, sich ebenfalls an die Seite der Opposition zu stellen, sie zu stärken in ihrem eignen Interesse, um endlich durch eine aktive revolutionäre Gewerkschaftspolitik aus dem Elend, in die sie die reformistische Politik gebracht hat, herauszubringen.

Kurze gewerkschaftliche Nachrichten

Metallarbeiterverband. Eine wichtige Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Halle, findet am Mittwoch, dem 19. März, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" statt. Die Kollegen sind verpflichtet, sich daran restlos zu beteiligen.

Bauarbeiter (Opposition). Fraktion des Baugewerksbundes, Zimmerer, Dachdecker, Maler, Töpfer, Steinarbeiter, Steinsetzer und Verband der Ausgeschlossenen. Freitag, den 21. März, abends 7½ Uhr, Sitzung in der Produktiv-Genossenschaft.

Industrie-Gruppenleitung.

Aus dem Gerichtssaal

Strafkammer Halle

Im Juni 1923 wurde der Arbeiter R. aus Halle aus dem Gefängnis entlassen. Vergeblich wandte er sich an den Gefängnisverein um Arbeit. Auf dem Arbeitsnachweis wollte er sich erwerbslos melden. Da wurde ihm gesagt, daß er erst ein halbes Jahr gearbeitet haben müsse, ehe er Unterstützung bekommen könne. So schlugen alle Versuche, Arbeit zu erhalten fehl. Von keiner Seite aus bekam er Unterstützung. Durch ehrliche Arbeit wollte er sich seinen Lebensunterhalt verdienen, um nicht wieder ins Zuchthaus zu kommen. Was sollte er aber tun, wenn er nicht verhungern wollte? Er mußte sich also das nehmen, was man ihm nicht gab. Mit noch drei Arbeitslosen führte er einen „Diebstahl" aus. Im November 1923 entwendeten sie einem hiesigen Fahrradhändler ein Motorrad und ein Fahrrad. Der Verkauf kam aber nicht zustande, weil die Schwester eines Beteiligten bei der Polizei Anzeige erstattet hatte. Sie wurden verhaftet und standen nun vor dem Richter, der als Beamter des kapitalistischen Staates über sie „Recht" sprechen sollte. Die Angeklagten schilderten ihre Notlage und baten um Strafaufschub. Sie wären doch nur durch bittere Not dazu getrieben worden. Aber alles fruchtete nichts. Der als Anklagevertreter fungierende Referendar zeigte sich seines Amtes würdig. Er beantragte gegen die Angeklagten eine Zuchthausstrafe von 5½ Jahren und 6 Monate Gefängnis und gegen den völlig schuldlosen Bruder des R. 2 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte R. zu 2 Jahren Zuchthaus und den anderen Angeklagten zu 2 Jahren 11 Monaten Gefängnis. Die besondere Milde des Gerichts zeigte sich darin, daß der jüngere R. nicht freigesprochen, sondern zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Das Gericht glaubte eben nicht an seine Unschuld, sondern diktierte ihm einfach die Beteiligung an dem Diebstahl. Wie wenig es selbst an seine Schuld glaubte, zeigte die verhältnismäßig niedrige Strafe. Die Sache hat aber einen Haken. Denn dem Angeklagten war in einem anderen Falle eine Bewährungsfrist gewährt worden, die nun in nächster Zeit abgelaufen wäre.

Produktiv-Genossenschafts-Mitglieder in Stadt und Provinz erscheint zahlreich zur General-Versammlung am kommenden Sonntag, vormittag 9 Uhr, im „Volkspark" (kleiner Saal)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240318-11/fragment/page=0007

Genossenschafts-„Verbrecher" an die Front!

Die große deutsche Konsumvereinsbewegung macht in der jetzigen Zeit der Umgruppierung der Klassenkräfte eine gewaltige Krise durch. Die Folgen dieser Krise müssen sich für die Konsumvereine in vielen Fällen katastrophal auswirken, weil neben dem Mangel an grundsätzlich-wirtschaftspolitischer Einstellung auch in vielen Fällen das ABC einer kaufmännischen Betriebsführung außer acht gelassen wurde. Durch die vielgepriesene „genossenschaftliche Selbsthilfe" ist in der Tat — wenn wir alles Blendwerk und Wortgeräusel beiseite legen — ein großer genossenschaftlicher Krämerladen geworden.

Diese Tatsache ist leider nur einem kleinen Teil genossenschaftlicher Führer zum Bewußtsein gekommen, während die breiten Mitgliedermassen bereits in vollkommener Passivität — mit allen Gefahren des Indifferentismus — zu ihrer Genossenschaft stehen.

Es ist deshalb unsere Pflicht, die Träger der Genossenschaftsbewegung — das deutsche Proletariat — auf die Gefahren aufmerksam zu machen und es aufzurufen, seiner Genossenschaftsbewegung die Basis zur Selbsterhaltung zu schaffen. Die zielklaren Kräfte der Arbeiterklasse im allgemeinen, und aller klassenbewußter Genossenschafter im besonderen, haben sich an die Spitze dieser Orientierungskämpfe zu stellen.

Als elementare Grundforderung und Zentralpunkte zukünftiger Genossenschaftspolitik haben wir Doppeltes zu fordern:

1. An Stelle der sogenannten „politischen Neutralität", die in den meisten Vereinen eine banale sozialdemokratisch Parteipolitik darstellt und in der Hamburger Spitze sich zu einem ostentativen Hinneigen zur bürgerlichen Weltanschauung mit seinem „freien Spiel der Wirtschaftskräfte" auswirkt, haben wir eine proletarisch-sozialistische Genossenschaftspolitik zu fordern.

2. Vollkommene Freiheit der Diskussion aller Genossenschaftsprobleme. Beseitigung der geistigen Bevormundung Hamburgs.

Wir müssen den Arbeitern klarmachen, daß heute ihre genossenschaftlichen Institutionen ein Monopol einer kleinen Gruppe von Führern ist, die an die Stelle der „solidarischen Selbsthilfe" die Herrschaft weniger gesetzt hat und mit allen Mitteln der Demagogie, Engstirnigkeit und Bildigkeit zu verteidigen versucht.

Es könnte bald so scheinen, als wenn die Zentralinstanzen und Verbandsbehörden einen eigens dazu eingerichteten kriminellen Organisationsapparat haben, um die Tätigkeit der „Verbrecher" zu überwachen. Man kämpft mit den konservativen Methoden des wilhelminischen Regimes. Geschichtlich notwendige, lawinenhaft wachsende Kräfte sind es aber, die an die morschen Grundpfeiler der heutigen Gesellschaftsordnung klopfen und wir verstehen sehr wohl, daß der ängstliche Bürger diese Klopfer und Mahner als „Verbrecher" bezeichnet.

Und mit den gleichen Mitteln kämpfen unsere bewährten Genossenschaftsführer gegen die sich regende Genossenschaftsopposition.

Haben in irgendeinem Verein die Kommunisten einmal eine Anteilerhöhung abgelehnt oder dergleichen, so werden diese „Verbrecher" gebührend gebrandmarkt. Verfolgt bitte die Rubrik „Nachrichten aus den Verbandsvereinen" in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau", und der urteilslose Leser muß zu dem Schlusse kommen, daß nur die Anhänger der kommunistischen Bewegung „die bewährten genossenschaftlichen Grundsätze" mit Füßen treten. Von anderen Kritikern und Opponenten hört man aber nichts, trotzdem behauptet werden kann, daß von den Anhängern der neutralen reformistischen Genossenschaftspolitik „die bewährten genossenschaftlichen Grundsätze" weit mehr „vernachlässigt" werden sind. Man hört kein Wort der Kritik im Hamburger Organ, wenn Einrichtungen und Personen für die Politik der VSPD. „mißbraucht" werden.

Man sieht eben in Hamburg gar nicht, wie es unten brodelt und gischt und man gibt sich auch gar nicht die Mühe, diese Zeitereignisse gedanklich zu verarbeiten. Wir sind doch kein starres System, sondern wollen eine Bewegung sein, deren taktische Strategie sich nach dem Kräfteverhältnis der Umwelt und der sie bekämpfenden Gegner richten muß.

Aber Hamburg schafft einfach gegen die Opposition und speziell gegen die Kommunisten eine „Pogromstimmung" zur Ausrottung dieser „Verbrecher". Es ist ein frevelhaftes Spiel, was von Hamburg mit der Arbeiterbewegung und Genossenschaftsbewegung getrieben wird.

Wenn wir Kommunisten nicht alle oppositionellen Kräfte schleunigst gegen die Pogromtendenzen der Hamburger Richtung sammeln, bedeutet es die Spaltung der deutschen Konsumbewegung.

Das Ende der demokratischen Illusionen der deutschen Sozialdemokratie erleben wir jetzt und das Werk dieser „sozialistischen Weltverbesserer", die im Jahre 1918—1920 die Welt mit politischen und wirtschaftlichen Ratschlägen beglückten, steht heute vor uns. Unternehmerwillkür, Arbeitslosigkeit, Zehnstundentag! Hungerlöhne! Hungersterben! Und das alles war nur möglich, weil die deutsche Sozialdemokratie, die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung „Schmiere" gestanden haben bei dem seit November 1918 vom einigen Bürgertum vorbereiteten Anschlag gegen die Arbeiterklasse.

Auf dem Genossenschaftstag in Baden-Baden hat man noch unseren Genossen ausgelacht, als er die Umsatzsteuerfreiheit für die Konsumvereine verlangte. Damals herrschte noch jener Geist der „Volksgemeinschaft" zwischen Baron und Arbeiter: „Und alle müssen dem Staate geben, was der Staat gebraucht".

Inzwischen haben aber die Unternehmer, durch Steuersabotage usw., ihre wirtschaftliche und politische Macht gestärkt. Das freie Spiel der Kräfte ist da — die Totengräber leben!

Die von uns geführte oppositionelle Bewegung ist bereits stark und kräftig geworden, sie kann nicht durch Verbote und Verordnungen der Genossenschaftsbehörden beseitigt werden. Unsere natürlichen Klassenkräfte werden wir in den breiten Mitgliederkreisen gegen die Hamburger Machtgelüste mobil machen. Die Hamburger Pogromforderung „fort mit den Verbrechern" soll für uns das Signal sein, jetzt und immerfort mit verdoppelter Kraft für eine zielklare proletarische Genossenschaftspolitik zu kämpfen. Wir werden die Segel nicht streichen. Aus unserem Arsenal holen wir uns neuere und stärkere Sturmsegel; mit diesen werden wir auf dem Meere des Zeitgeschehens dem plumpen, hölzernen, lecken Schiffsrumpf der reformistischen Genossenschaftspolitik den Wind aus den Segeln nehmen und an die Genossenschaftsmasten statt der Fahne der raffsüchtigen hanseatischen Kauffahrteier die Fahne der Arbeit — „Hammer und Sichel" — knüpfen.

Den uns hingeworfenen Fehdehandschuh nehmen wir auf, unsere Kolonnen sammeln sich, und noch ehe die Sonne im Zenith steht, wird unser Kampfruf: „Verbrecher an die Front" eine stahlharte Mauer zur Abwehr der Spaltungs- und Pogrombestrebungen innerhalb der Genossenschaftsbewegung geschaffen haben.

Der Rote-Hilfe-Tag

muß als Ertrag der Sammeltätigkeit eine so große Summe erbringen, daß sie als Maßstab für den revolutionären Kampfwillen der Arbeiterschaft gewertet werden kann.

Proletarier, macht den Rote-Hilfe-Tag zu einem Tag der revolutionären Arbeit!

Neues vom Tage

Die Reste des Ludwigstädter Eisenbahnunglücks. Bahnamtlich wird mitgeteilt: Bei dem Eisenbahnunglück in Ludwigstadt am 18. Februar sind auch neun mit Postpaketen beladene Güterwagen abgestürzt und in Brand geraten. Ein großer Teil der Sendungen ist durch den Sturz oder durch Brand und Wasser vernichtet, die übrigen sind fast durchweg stark beschädigt. In Frage kommen vorwiegend Sendungen aus Bayern, Hohenzollern und Württemberg nach Norddeutschland und dem Rheinland aus der Zeit vom 14. bis 16. Februar. Mit der Sichtung der geborgenen Sendungen und der aufschriftslosen Gegenstände ist das Postamt Lichtenfels betraut.

Milliardenbetrug an der Wiener Nationalbank. In einem Pensionat in der Albrechtstraße in Berlin wurde der 23 Jahre alte Musiker Gustav Niedergesell verhaftet. Niedergesell hatte in Gemeinschaft mit zwei Helfern, einem gewissen Anton Wagener und einem Rabbach, die Nationalbank in Wien durch Ausstellung falscher Schecks um eine Milliarde Kronen betrogen. Niedergesell gelang es, nach Berlin zu flüchten, wo er in dem genannten Pensionat unter dem Namen eines „Fabrikanten Wittag" abgestiegen war. Er behauptet, von dem damaligen Gelde nur 12 000 Kronen erhalten zu haben. Geldmittel waren nicht mehr vorhanden. Dagegen fand man zwei Scheckbücher bei ihm, die er allem Anschein nach zu dem Zwecke hatte, um neue Fälschungen zu begehen.

Ihre Kinder ermordet. Die grausige Tat einer verzweifelten Mutter wurde in Neukölln bekannt. Die Kaufmannsfrau Luzie Zygalski lebt in Scheidung mit ihrem Manne und hat durch Wohlfahrtsspenden ihren Kindern und sich das Leben erhalten. Dieser Tage wurde, da sich in der Wohnung niemand meldete, diese gewaltsam geöffnet und man fand nun die Mutter und ihre beiden Kinder im Blute schwimmend vor. Die Mutter hat aus Furcht vor Strafe, weil sie fürchtete, wegen eines Verbrechens angezeigt zu werden, ihren beiden Kindern mit einem Messer die Kehlen im Schlafe durchschnitten und sich dann selbst mit dem Messer schwere Verletzungen am Halse beigebracht. Sie selbst wurde, noch schwache Lebenszeichen von sich gebend, aufgefunden und nach dem Krankenhause nach Buckow gebracht, während die beiden Kinder nach dem Leichenschauhause nach Neukölln transportiert wurden. Infolge des ehelichen Zerwürfnisses hatte sie ein von ihr kürzlich geborenes Kind getötet und im Ofen verbrannt. Dieses war den Hausbewohnern bekannt geworden, und man hatte ihr gedroht, es bei der Polizei zur Anzeige zu bringen. Aus Furcht vor Strafe und in Verzweiflung ob ihres ehelichen Lebens hat sie die grausige Tat vollführt.

Lustmord an einem 13jährigen Mädchen. Am Sonntagnachmittag wurde an der Kellertreppe des Grundstücks Marschallstraße 18 in Dresden ein Mädchen tot aufgefunden. Die Mordkommission stellte nach dem Befunde fest, daß Lustmord vorliegt. Kopf und Gesicht des Mädchens waren stark mit Blut befleckt, die Unterkiefer gebrochen. Es konnte später festgestellt werden, daß es sich bei der Ermordeten um ein dreijahn Jahre altes Schulmädchen Charlotte Erner handelt. Die Erner hatte gegen ½11 Uhr ihre elterliche Wohnung verlassen um einen Auftrag ihrer Mutter zu erledigen. Wie festgestellt ist, hat sie sich an dem Auftragsorte nur zehn Minuten aufgehalten. Der Täter ist noch unbekannt.

Ein Massenprozeß in Beuthen Vor der Strafkammer des Landgerichts Beuthen begann ein Massenprozeß wegen Diebstahls, gewerbsmäßiger Hehlerei, Beamtenbestechung usw. Angeklagt sind 34 Personen, darunter 11 Kriminalbeamte, unter Saat gelegt wird, sich an Schiebungen beteiligt und Schmiergelder angenommen zu haben. Hauptangeklagter ist der Produktenhändler Rosenberg.

Große Schneefälle im Riesengebirge. Im Riesengebirge sind gewaltige Schneemassen niedergegangen. Auf dem Kamm liegt der Schnee gegen zwei Meter hoch.

Geburt von Fünflingen. Wie die Zeitungen melden, brachte in einem Dorf nahe bei Genthin eine Frau bei einer Geburt fünf lebende Kinder zur Welt, die natürlich nicht lebensfähig waren und in der Geburt verstarben.

Arbeiter-Sport

Sportkartell Halle. Montag, den 24. März, abends 8 Uhr, findet eine Sitzung des Vorstandes mit den technischen Leitern der einzelnen Sportarten statt. Zweck dieser Zusammenkunft ist, zu den Veranstaltungen für 1924 (Werbeabend am Karfreitag im „Volkspark", Reichs-Arbeiter-Sportfest am 29. Juni im Stadion usw.) Stellung zu nehmen. Die einzelnen Sportarten werden erfaßt, mit einem fertigen Programm zu erscheinen. Dienstag, den 25. März, findet die Kartellsitzung statt. Jeder Verein muß seine Delegierten entsenden, da sehr wichtige Tagesordnung. Beide Sitzungen finden in der „Goldenen Kette" statt. Anfang Punkt 8 Uhr.

Mitteldeutsche Spielvereinigung. Um Irrtümer zu vermeiden, wird mitgeteilt, daß sich alle Schiedsrichter am Freitag, dem 21. März, im „Gasthaus zur Sonne", Richard-Wagner-Straße, treffen. Erscheinen aller ist Pflicht.

Arbeitersportkartell Döllnitz. Am Sonntag, den 23. März, nachmittags 2 Uhr, findet im Restaurant zum Bad eine Vollversammlung des Arbeitersportkartells statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Bitterfeld. Am Sonntag, den 16. März, stand sich hier die 6. Bezirksmannschaft und die 8. Bezirksmannschaft im Freundschaftsspiel gegenüber. Nach flottem Spiel konnte die 6. Bezirksmannschaft mit einem Sieg von 2:1, Eden 2:8, nach Hause gehen, trotz starkem Ersatz.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Kinderwagen-Reisen (alle Größen) billigst!
Gummi-Bieder, Große Steinstraße 81, Nähe Markt

Bestellschein

D..... Unterzeichnete bestellt vom .....

ab zum monatlichen Bezugspreise von 2,40 Mark den

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

mit den Beilagen: **Illustrierte Internationale Arbeiter-Zeitung „Sichel und Hammer"; „Leben, Wissen, Kunst"; „Kämpfende Jugend"; „Die kommunistische Frau"** und **„Befreites Land"**

Wohnort: ....., den ..... 192....

Name: .....

Straße: .....

Hausnummer: ..... und Stockwerk: .....

oder bei: .....

Das Metall der Toten

13] Von **Concha Espina**

Durch dieses Lob sichtlich geschmeichelt, schlug das junge Mädchen die Blätter um und ließ ihn die Karikaturen der Leute sehen, die ihre Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatten. Ein Kommentar in Form eines Titels gab den Gestalten erhöhtes Leben. „Der Mann mit dem Hunde" war Gabriel Suarez, rußgeschwärzt, in schmerzvoller Haltung, während das Meer Bolina verschlang. Als „His Majesty's Officer", mit seiner Uniform und seinem charakteristischen Gesicht erstand Walter Penns eigenes seemännisches Bild.

Dieser hält die Augen mit einiger Unruhe auf seine eigenen stark karikierten Züge geheftet und murmelt:

„Ich hätte niemals einen so ausgezeichneten Humor bei Ihnen vermutet!"

„Warum?"

„Sie erschienen mir zu gefühlvoll dazu!"

„Lassen sich diese beiden Eigenschaften nicht vereinen?"

„Offenbar doch!"

Rosario fürchtet, Mißstimmung hervorgerufen zu haben, und sagt versöhnlich:

„Guter Humor ist eine englische Eigenschaft!"

„Und klarer Geist eine spanische", erwidert der Offizier galant, während er das mit Zeichnungen und Skizzen gefüllte Album durchblättert, die sämtlich verraten, mit welch feinem Gefühl die Künstlerin das Wesen der Karikatur beherrscht, ohne jemals die unmerkliche Grenze zu überschreiten, jenseits welcher die Uebertreibung die Aehnlichkeit ausschließt. Es folgten in dem Heft andere Zeichnungen, die in der gleichen anmutig und energisch kritisierenden Art Innenräume und Landschaften in stark persönlicher Auffassung darstellten; die einfache Form, die breiten, freien, nur andeutenden Striche; es schienen Keime künftiger Arbeiten, ein Versprechen und eine Erfüllung zugleich.

„Führen Sie die Feder ebenso geschickt wie den Zeichenstift?" fragt Walter Penn mit immer wachsendem Interesse.

„Vorläufig bin ich noch mit keinem geschickt", erwidert das junge Mädchen mit aufrichtigem Lächeln. „Sie scheinen mir jetzt schmeichelnd zu wollen wie ein Anbalster . . ."

„Und weshalb haben Sie mein Porträt hier unterstrichen, indem Sie es „His Majesty's Officer" nannten?"

„Weil es mich betrendet, daß im freien England die Schiffe und die Soldaten des Volkes als Eigentum seiner Majestät bezeichnet werden."

Der Engländer erscheint etwas betroffen; vielleicht haben diese Worte, die die Disziplin vorschreibt, bisher keinen sklavischen Klang für ihn gehabt. Und er antwortet, selbst wenig überzeugt von seinen Worten:

„Das ist eine Formel! In meinem Lande wechseln die Gesetze, aber die Namen bleiben."

Das Mädchen zuckt ungläubig die Achseln und nimmt die Zeichnungen an sich; sie ist schon in Hut und Schleier. Ihr Bruder ist mit dem Gepäck beschäftigt, und die Gaffer, die am Hafendamm umherlungern, wundern sich, daß eine so gutgekleidete und vornehme Dame in einem Kohlenboot reise.

Rosario steht bereits am Landungssteg und hört gerade noch die letzten Worte des Offiziers, der nicht mehr weiß, was er sagen soll und sie doch so gern zurückhalten möchte:

„Morgen gehen Sie also nach Dite, der Stadt Plutos?"

„Es ist nur ein Städtchen, übertreiben Sie nicht; ein bescheidenes Höllenstädtchen!"

„Ich werde versuchen, Sie vor der Abreise noch zu sehen; wir werden um Mitternacht den Anker lichten."

„Leben Sie wohl!"

„Gehen Sie wohl!"

Rosario holt José Luis auf der Mole ein, und Walter Penn folgt mit den Augen dem jugendlich rüstigen Gang der Reisenden, die wie zwei Eroberer dahinschreiten. Sie wenden nochmals den Kopf, um den Seemann zu grüßen, der sein Haupt entblößt, und sehen mit der Wehmut des Abschieds, wie das Boot kleiner und kleiner wird und schwarz und keuchend die rote Linie des Ladeplatzes streift.

Noch am gleichen Nachmittag machten die Geschwister ihre Besuche, um ihre Einführungs- und Empfehlungsschreiben zu überbringen, damit die einflußreichen Persönlichkeiten der Stadt ihnen in Dite ein Unterkommen und die Möglichkeit zur Durchführung ihrer informatorischen Mission verschafften.

Bei dieser Gelegenheit lernten sie einige sehr liebenswürdige Leute kennen, darunter einen Professor aus Jaén, der seinen Bart färbte, sich für einen schönen Mann hielt und sich in Estuaria sehr langweilte, da er „vor dem Kriege" viel zu reisen und den Sommer in Biarritz zu verleben gewöhnt war. Während der „Saison" war er in Verzweiflung, denn weder Sardinero noch San Sebastian waren als Badeorte nach seinem Geschmack. Im Herbst würde er wie gewöhnlich in die Hauptstadt gehen, wo er sich sehr wohl fühlte; er wohnte — natürlich — im Ritz, einem Hotel, das eine Fülle von amerikanischen Millionärswitwen aufwies; es waren schöne und interessante Frauen darunter, aber er konnte zu keinem Entschluß kommen; er war selbstsüchtig und träge . . . Und er blickte mit Gönnermiene auf die Fremde, die an seiner Seite ging.

Sie überquerten den großen, an anbächtiger Stille daliegenden Platz, in dessen Mitte sich eine herrliche Palme wiegt, deren Schatten von alters her der Lieblingsaufenthalt der alten Stadtbewohner ist. Auch jetzt sitzen einige unter ihrem ausgespannten Thronhimmel, und einige Pärchen gehen schwatzend umher und mischen sich unter andere Leute von schwerfälligem, traurigem Aussehen. Hinter einer Baumreihe umgehen niedrige unbedeutende Gebäude von leuchtend weißer Farbe die Promenade.

Rosario und José Luis sehen einander belustigt an, während der Professor immer weiter schwatzt. Er sei in seiner ersten Jugend ebenfalls Journalist und Zeichner gewesen, habe Artikel geschrieben, Verse gemacht, schlechte Bilder gemalt; das seien Kindertrankheiten! . . . Jetzt würden seine Bücher in Madrid verlegt; es handle sich um Kulturarbeit: eine lateinische Grammatik, ein spanisch-portugiesisches Wörterbuch —, Werke ernsthaften und lehreichen Inhalts. Denn man könne an einem Tage den Künstler abstreifen wie ein Hemd; das Dichten sei ein kindliches Vergnügen, die Kunst ordinär, die Liebe eine bezaubernde Torheit. Ach, der Herbst! Die Residenz! Die amerikanischen Witwen! Welche Wonne! . . . In Estuaria sei es allzu heiß! . . .

Die Fremden lassen den heftig transpirierenden Jaéner mitten im Wort, den Hut in der Hand, stehen und wandern, halb erstickend vor Lachen, durch die weißen, glühenden Straßen bis zum Hafen, um den wohltuenden Bleiglanz des Meeres zu sehen.

Von hier weht die frische Seebrise bis über die Gärten der Küste, die schon in Dämmerung gehüllt liegen; denn schon verbreitet sich die Dunkelheit aus der Tiefe der Wolken, und Leuchtfeuer und Schiffslaternen flackern auf der geheimnisvoll daliegenden Reede.

Ohne zur Mole hinabzusteigen, spüren die Reisenden die erfrischende Luft der Küste und hören in der Ferne die eintönigen Gesänge der Matrosen, die langsam durch die dunklen Kanäle steuern.

Dann kehren sie in das Hotel zurück, um den Sozialistenführer des Bezirks, Aurelio Echea, zu empfangen, den sie noch nicht kennen; einen gefürchteten Organisator, der von den Arbeitgebern verfolgt und von der Polizei überwacht wird, ungezählte Male im Gefängnis war und aus dem Minenstrikt ausgewiesen ist; ein kühner, gefährlicher Mann, ein Baske — wie die Fama sagt: „mit Vorsicht zu genießen". Er ist der rechte Mann, ihnen die Gefahren zu zeigen, die ihren publizistischen Absichten von seiten der selbstherrlichen Oligarchie des Nordens drohen. — Und sie warten voll bewegter Neugier auf den volkstümlichen Führer, den der Nimbus besonderen Heldentums umgibt.

Als er kommt, blicken die Geschwister einander in der Verblüffung einer großen Enttäuschung an; sie wollen ihren Augen nicht trauen: dieser Mensch erscheint ihnen als eine Fälschung des berühmten Verkämpfers.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019240318-11/fragment/page=0008